

nek

Hochschule

al

52

weig 2. Ex.

PAUL RICHTER
Buchbinderei u. Papierhdlg.
BRAUNSCHWEIG
Altstadtmarkt 6

UB Braunschweig 84



10096-848-2

Sammlung

der

Statuten der Stadt Braunschweig.

№ 23.

Ortsbaustatut für die Stadt Braunschweig vom 8. Dezember 1905.

(Bekannt gemacht am 30. Dezember 1905.)

Auf Grund des Gesetzes betr. Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 13. März 1899 bezw. des Gesetzes betr. Städteordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 18. Juni 1892 wird mit Genehmigung der Stadtverordneten und soweit erforderlich der Herzoglichen Polizeidirektion das nachstehende Statut erlassen.

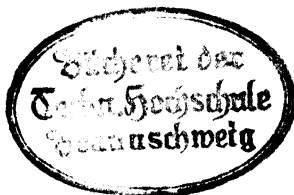
Zu § 3 der Bauordnung.

§ 1.

Baugrund.

Auf Grund des § 3 Abs. 2 ff. der Bauordnung wird bestimmt:

- 1) Der Baugrund besteht aus denjenigen Teilen des Stadtgebietes, welche in dem in Anlage A dieses Statuts enthaltenen Verzeichnisse aufgeführt sind. Durch Beschluß der städtischen Behörden kann mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums das Gebiet des Baugrundes erweitert werden. Der Beschluß tritt mit dem Tage in Kraft, an dem derselbe vom Stadtmagistrate durch die Braunschweigischen Anzeigen unter Bezugnahme auf die Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums bekannt gemacht wird.



- 2) Außerhalb des Baugrundes dürfen vorbehaltlich der Bestimmungen in § 3 Abs. 3 der Bauordnung Wohngebäude (im Gegensatz zu sonstigen zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Gebäuden, z. B. Fabriken) nur dann errichtet werden, wenn sie für die Sicherheit der daselbst unterhaltenen gewerblichen, landwirtschaftlichen, gärtnerischen oder dem Gemeinwohl dienenden Betriebe notwendig sind und die weitere Entwicklung des Ortsbauplanes nicht erschweren. Die Erteilung der Baugenehmigung kann in solchen Fällen davon abhängig gemacht werden, daß für Entwässerung und Beseitigung der Auswurfstoffe und Abwässer in genügender Weise gesorgt und daß unter stimmungsgemäßer Anwendung der Grundsätze des Straßenbaustatuts die Entrichtung der dem Grundstücke künftig zur Last fallenden Straßenkosten sichergestellt wird.

Zu § 8 h der Bauordnung.

§ 2.

Zurücktreten der Gebäude hinter die Baulinie.

1. Das Zurücksetzen der Vordergebäude hinter die Baulinie ist unter nachstehenden Voraussetzungen und Bedingungen gestattet:

- 1) die freibleibenden Seiten der bereits vorhandenen Nachbarhäuser müssen eine angemessene architektonische Ausbildung haben;
- 2) die hinter die Baulinie zurücktretenden Gebäude müssen, falls nicht die örtlichen Verhältnisse eine Ausnahme bedingen, parallel zu der Baulinie gestellt und
- 3) in der von dem Stadtbauamte zu bestimmenden Entfernung hinter der Baulinie aufgeführt werden;
- 4) ist die Grundfläche, auf welcher das zurücktretende Gebäude errichtet werden soll, höher oder niedriger, als die Oberfläche der vor ihr befindlichen Straße, so kann ein Abgraben beziehentlich Erhöhen derselben bis zur Höhe der Straßenoberfläche verlangt werden;
- 5) die freibleibende Fläche zwischen dem zurückgesetzten Gebäude oder Gebäudeteile und der Baulinie ist nach Wahl des Eigentümers entweder nach näherer Be-

stimmung des Stadtbauamts einzufriedigen und imstande zu erhalten, oder aber dem öffentlichen Gebrauche zu überlassen und alsdann auf Kosten des Eigentümers ebenso wie die angrenzende Straße zu befestigen und zu unterhalten.

II. Als Zurücksetzen im Sinne der vorstehenden Vorschriften wird es nicht betrachtet, wenn ein Gebäude nur zu dem Zwecke von der Baulinie abgerückt wird, um die vortretenden Teile desselben im stärkeren Maße, als es für die Gebäude an der Baulinie gestattet ist, über den Gebäudefern vorspringen zu lassen. Ob und welche der vorstehenden unter I 1 bis 5 aufgeführten Bedingungen gleichwohl zu erfüllen sind, bestimmt im einzelnen Falle das Stadtbauamt.

Zu § 8 c der Bauordnung.

§ 3.

Vorgärten.

Vorgärten sollen mit Anpflanzungen versehen und ordnungsmäßig als Ziergärten unterhalten werden.

Zu § 17 der Bauordnung.

§ 4.

Zugänglichkeit der Grundstücke innerhalb des Baugrundes.

Innerhalb des Gebietes des Baugrundes dürfen Wohngebäude oder andere zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienende Gebäude (z. B. Fabriken) nur auf solchen Grundstücken errichtet werden, die von einer befestigten und entwässerten, d. h. mit einem Straßenkanale versehenen Straße unmittelbar oder mittelst einer Zufahrt zugänglich sind.

Derartige Zufahrten müssen eine unbeschränkte Nutzbreite von wenigstens 3 m haben, nach Vorschrift des Stadtbauamts befestigt und mit einer Entwässerungsanlage versehen sein. Ist die Zufahrt überbaut, so muß die lichte Höhe wenigstens 3 m betragen.

Werden auf einem Grundstücke, das nur mittelst einer Zufahrt von einer befestigten und entwässerten Straße zugänglich ist, mehrere selbständige, zum dauernden Aufenthalte

von Menschen bestimmte Gebäude errichtet, so kann das Stadtbauamt eine größere Breite der Zufahrt oder auch die Herstellung mehrerer Zufahrten vorschreiben, ebenso dann, wenn auf einem solchen Grundstücke ein zur Aufnahme einer größeren Menschenmenge bestimmtes Gebäude errichtet werden soll.

§ 5.

Fortsetzung.

Mit Zustimmung des Stadtmagistrats kann das Stadtbauamt die Errichtung eines zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Gebäudes auf einem innerhalb des Baugrundes belegenen Grundstücke, das von einer befestigten und entwässerten Straße weder unmittelbar noch mittelst einer Zufahrt zugänglich ist, zulassen, wenn

- a. der baldige Ausbau der angrenzenden Straße bevorsteht;
- b. Sicherheit wegen der dem Grundstücke demnächst zur Last fallenden Straßenkosten gestellt wird;
- c. Bedenken in gesundheitlicher Beziehung aus dem Umfande, daß eine ordnungsmäßige Entwässerung des Grundstücks einstweilen unmöglich, nicht wohl abgeleitet werden können;
- d. der Zulassung des Gebäudes feuerpolizeiliche Bedenken nicht entgegenstehen.

§ 6.

Zugänglichkeit der Grundstücke außerhalb des Baugrundes.

Ueber die Breite, Befestigung und Entwässerung der Zufahrten, mittelst deren außerhalb des Baugrundes liegende bewohnte oder andere bebaute zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienende Grundstücke zugänglich gemacht werden sollen, hat das Stadtbauamt von Fall zu Fall Entscheidung zu treffen.

Zu § 21 der Bauordnung.

§ 7.

Beseitigung unschöner Gebäudereste.

Unschöne Gebäudereste sind zu beseitigen und ebenso unvollendete Gebäude entweder fertig zu stellen oder abzu-

brechen. Die Frist, innerhalb deren der einen wie der anderen Auflage zu entsprechen ist, hat das Stadtbauamt im Einzelfalle zu bestimmen.

Zu § 22 der Bauordnung.

Sicherheitsvorkehrungen.

A. Zum Schutze von Personen.

§ 8.

Allgemeines.

1. Mit der Ausführung von Bau-, Erd- oder Abbruchsarbeiten darf nicht eher begonnen werden, als bis die erforderlichen Sicherheitsvorrichtungen nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen hergestellt worden sind.

2. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Stadtmagistrats dürfen auf den Straßen Baugerüste und Bauzäune nicht errichtet werden.

§ 9.

Bauzäune.

Beim Abbruch von Gebäuden oder Teilen derselben, bei Neubauten, sowie bei Umbauten und größeren Ausbesserungsarbeiten an sämtlichen Straßen und Plätzen und überall sonst, wo Publikum verkehrt, müssen zum Schutze des letzteren Bauzäune vor den betreffenden Gebäuden oder Bauplätzen aufgestellt werden. Die Bauzäune müssen vor dem Beginne der Bauarbeiten bezw. da, wo der Straßenraum zur Ablagerung von Baumaterialien dient, vor der Anfahrt derselben und zwar in einer Höhe von mindestens 1,4 m fest und aus guten Materialien errichtet werden; über die Außenflächen dürfen weder Holzstücke noch Nägel und dergl. hervortreten.

Vom Eintritte der Dunkelheit bis zum Anbruch des Tages müssen die auf der Straße errichteten Bauzäune bezw. Gerüste so hell erleuchtet sein, daß der ganze Umfang der dem freien Verkehre entzogenen Derlichkeit deutlich erkennbar ist.

§ 10.

Schutzdächer.

Bei Ausführung von Hochbauten (Neubauten, Umbauten, umfangreichen Ausbesserungsarbeiten) und bei Abbruchsarbeiten ist, wenn dieselben entweder unmittelbar an Straßen und Plätzen oder in einer Entfernung von weniger als 5 m von denselben ausgeführt werden, auf der ganzen Gebäudefront in Höhe von mindestens 3 m über dem Fußwege ein dichtes und festes Schutzdach anzubringen, welches das Herabfallen von Gegenständen auf die Straße verhindert. Das Schutzdach muß aus hinreichend starken Brettern mit Ueberdeckung hergestellt und in der Richtung auf die Baustelle abwärts geneigt sein; es muß, wo ein Gerüst vorhanden ist, mindestens 1 m über dasselbe vortreten, andernfalls aber eine Breite von mindestens 2 m haben.

Für besondere Fälle bleibt die Anordnung weitergehender Schutzvorkehrungen vorbehalten.

§ 11.

Aborte auf Baustellen.

Auf jeder Baustelle sind überdachte mit Brüllensitzen und Stoßbrettern versehene in Abteilungen für je eine Person getrennte Abortanlagen herzurichten; für ihre Sauberkeit und Desinfektion ist Sorge zu tragen. Dieselben sind so einzurichten, daß eine Verunreinigung des Untergrundes sowie eine Belästigung der Nachbarn und der auf dem Bau beschäftigten Personen verhütet und Sitte und Anstand gewahrt wird.

§ 12.

Unterkunftsräume für Bauarbeiter (Baubuden).

Auf jeder Baustelle sind, soweit nicht anderweit geeignete Räume zur Verfügung stehen, Baubuden für die auf dem Bau beschäftigten Personen in angemessener Größe und mit den erforderlichen Sitzplätzen zu unterhalten. In den Baubuden und deren Ersatzräumen sollen gut schließende Fenster in dem Umfange angebracht sein, daß ihre Gesamtfläche wenigstens $\frac{1}{12}$ der Bodenfläche beträgt. Die Fußböden sollen gegen Nässe geschützt, die Wände und Dächer dicht sein.

Werden Baubuden oder deren Ersatzräume während der Dunkelheit benutzt, so sind sie angemessen zu beleuchten.

In der Zeit vom 15. Oktober bis 15. April sind die Baubuden oder deren Ersatzräume heizbar einzurichten und nach Bedarf auf Kosten des Arbeitgebers zu heizen.

Baumaterialien und Geräte dürfen in den hier in Rede stehenden, zum Aufenthalte von Menschen bestimmten Räumen nicht gelagert werden.

B. Zum Schutze des Eigentums.

§ 13.

Sicherung der dem Gemeinwohl dienenden Anlagen.

Öffentliche Anlagen und Einrichtungen wie Bäume, Brunnen, Kanäle, Wasser- und Gasleitungen, Laternen, Briefkasten, Feuer- und Unfallmelder, Telegraphen- und Telephonanlagen, Schilder zur Bezeichnung der Straßen, der Hydranten, Schieberhähne, Syphons und dergl. dürfen bei der Ausführung oder beim Abbruch von Bauwerken ihrer Bestimmung nicht entzogen werden; sie sind vor Beschädigungen nach näherer Anweisung der zuständigen Behörde sicher zu verwahren.

Zu § 24 der Bauordnung.

§ 14.

Art und Stellung der Gebäude an Straßen und Plätzen.

Alle von der Straße ab sichtbaren Teile eines Gebäudes müssen eine angemessene architektonische Ausbildung erhalten.

Jedes an der Straße oder weniger als 15 m entfernt von derselben zu errichtende Gebäude soll da, wo in Abständen gebaut wird (§ 16), im rechten Winkel zur Straßenflucht aufgeführt werden, sofern nicht aus Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse im einzelnen Falle die Zulassung einer anderen Stellung des Gebäudes geboten erscheint. Das Stadtbauamt ist befugt, noch andere Ausnahmen zuzulassen.

§ 15.

Fortsetzung.

Einstöckige Wohnhäuser, Scheunen, Stallungen, Remisen, Waschküchen und ähnliche Gebäude dürfen weder unmittelbar an den Straßen und öffentlichen Plätzen noch in einer Entfernung von weniger als 15 m von denselben errichtet werden.

Eine Ausnahme hiervon ist zulässig:

- 1) für einstöckige Wohnhäuser an Straßen und Plätzen mit offener Bauweise;
- 2) für sonstige Gebäude wegen der besonderen örtlichen Verhältnisse des einzelnen Grundstücks, jedoch nur unter der Bedingung, daß die Gebäude entweder durch massive Einfriedigungen völlig verdeckt werden, oder daß dieselben eine angemessene architektonische Ausbildung erhalten, bezw., wenn es sich um Nebengebäude handelt, daß diese mit dem Hauptgebäude in eine gefällige architektonische Verbindung gebracht werden.

§ 16.

Offene und geschlossene Bauweise.

Durch Beschluß der städtischen Behörden kann mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums bestimmt werden, daß an bestimmten Straßen, Straßenteilen, Plätzen und Teilen von Plätzen oder auch an einzelnen Seiten von Straßen und Plätzen bis zu einer durch den Beschluß zu bestimmenden Grundstückstiefe Gebäude nur in Abständen von einander errichtet werden dürfen. Diese Abstände sollen 5 m betragen und wenn zwischen zwei Baustellen eine Eigentums Grenze liegt, mangels einer durch grundbuchamtliche Eintragung gesicherten anderweiten Vereinbarung der Nachbarn in der Weise gewonnen werden, daß jedes Gebäude wenigstens 2,5 m von der Grenze entfernt bleiben muß.

Die Abschließung der 5 m breiten Zwischenräume gegen den dahinter liegenden Grundstücksteil darf nur mittelst leicht zu beseitigender durchbrochener Einfriedigung geschehen.

In gleicher Weise kann für bestimmte Straßen, Straßenteile, Plätze, Teile von Plätzen oder auch für einzelne Seiten von Straßen und Plätzen die geschlossene Bauweise vorgeschrieben werden.

Ein in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmungen (Abs. 1 und Abs. 3) gefaßter Beschluß tritt mit dem Tage in Wirksamkeit, an welchem derselbe vom Stadtmagistrate in den Braunschweigischen Anzeigen unter Bezugnahme auf die Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums bekannt gemacht wird.

Wird das Bauen in Abständen v rgeschrieben, so können gleichwohl einzelne Häusergruppen, die äußerlich als ein architektonisches Ganze erscheinen, nach Ermessen des Stadtbauamts zugelassen werden; auch kann ungeachtet der Anordnung offener Bauweise im Einzelfalle die Bebauung eines Grundstücks bis an dessen Grenzen erfolgen, soweit die Innehaltung des Abstandes zu einer wesentlichen Wertminderung des Grundstücks führen würde. Diese letztgedachte Vergünstigung kann indessen nur in Ansehung solcher Grundstücke beansprucht werden, die zur Zeit der Veröffentlichung des Beschlusses, durch den die offene Bauweise angeordnet wird, innerhalb der in Gemäßheit des Absatzes 1 festgesetzten Tiefe entweder auf einer oder auf beiden Seiten bis an die Grundstücksgrenze oder in einem Abstände von weniger als 1 m von derselben bebaut sind.

Bei geschlossener Bauweise kann ausnahmsweise das Bauen in Abständen zugelassen werden,

- a wenn die Innehaltung eines Abstandes kraft eines Nachbarrechts gefordert wird, oder
- b. wenn durch die Errichtung des Gebäudes im Anschluß an das Nachbarhaus Lichtöffnungen des letzteren verbaut und hierdurch für den Eigentümer desselben wesentliche Nachteile herbeigeführt werden, die alsdann entweder überhaupt nicht oder nur mit erheblichen Opfern abzuwenden sind.

Zu § 25 der Bauordnung.

§ 17.

(Zu § 25 Absatz a).

Höhe der Gebäude.

Bezüglich der Höhe der Gebäude werden sowohl für die Innenstadt, d. h. für das innerhalb der Umflutgräben belegene Stadtgebiet, als auch für die Außenstadt, d. h. für das außerhalb der Umflutgräben belegene Stadtgebiet (siehe jedoch am Schluß) die nachfolgenden Bestimmungen getroffen:

Soweit sich nicht im Einzelfalle aus § 18 weitergehende Einschränkungen ergeben, darf die größte Gebäudehöhe betragen:

- 1) bei allen öffentlichen Gebäuden im ganzen Stadtgebiete 25 m, wobei jedoch bei Kirchtürmen, Wassertürmen und den aus architektonischen Rücksichten an öffentlichen Gebäuden angebrachten turmartigen Aufbauten sowie ferner bei Dampffschornsteinen und ähnlichen mit Rücksicht auf ihre Zweckbestimmung eine größere Höhe erfordernden Anlagen das vorgedachte Höchstmaß überschritten werden darf;
- 2) bei den lediglich zu Handelszwecken dienenden Gebäuden
 - a. in der Innenstadt 20 m;
 - b. in der Außenstadt gleichfalls 20 m, wobei jedoch hier im Einzelfalle eine größere Höhe insoweit zugelassen werden kann, als solches durch die Natur des Betriebes bedingt wird;
- 3) bei den lediglich zu sonstigen gewerblichen Zwecken dienenden Gebäuden im ganzen Stadtgebiete 20 m, wobei jedoch im Einzelfalle eine größere Höhe insoweit zugelassen werden kann, als solches durch die Natur des Betriebes bedingt wird;
- 4) bei allen übrigen d. h. nicht unter 1—3 erwähnten Gebäuden
 - a. in der Innenstadt 20 m;
 - b. in der Außenstadt 18 m.

Die im § 44 zu I aufgeführten und die denselben nach § 44 Ziffer 2 hinzugefügten Straßen gelten im Sinne der vorstehenden Bestimmungen als zur Außenstadt gehörig.

§ 18.

(Zu § 25 b).

Höhe der an der Straße zu errichtenden Gebäude.

Die Höhe eines an der Straße zu errichtenden Gebäudes darf das sich für den Einzelfall nach § 17 bezw. nach Maßgabe der Bauordnung ergebende Höchstmaß nur dann erreichen, wenn solches die Breite der angrenzenden Straße nach Maßgabe der nachfolgenden Vorschriften zuläßt:

I. In der Innenstadt darf das Höchstmaß betragen:

- 1) wenn die Straßenbreite nicht mehr als 6,5 m beträgt: 8,5 m,

- 2) wenn die Straßenbreite mehr als 6,5 m beträgt: 2 m mehr als die Straßenbreite.

Das sich nach vorstehenden Bestimmungen ergebende Höchstmaß darf im Einzelfalle um 1 m überschritten werden, wenn die größere Höhe lediglich zur Erzielung einer andernfalls nicht möglichen Geschoßhöhe (§ 67) dienen soll.

II. In der Außenstadt darf das Höchstmaß betragen:

- 1) wenn die Straßenbreite nicht mehr als 9 m beträgt: 9 m,
- 2) wenn die Straßenbreite mehr als 9 m beträgt, ebensoviel wie die Straßenbreite.

§ 19.

(Zu § 25 Abf. e.)

Berechnung der Gebäudehöhe.

Die Vorschrift im § 25 e der Bauordnung wird durch folgende Bestimmungen ergänzt:

Überschreitet die Ausladung eines Hauptgesimses das Maß von 0,50 m, so wird die sonst zulässige Gebäudehöhe um das überschießende Maß vermindert.

§ 20.

(Zu § 25 f.)

Fortsetzung.

Bei allen Mansarden- und sonstigen Dächern, welche steiler als in einem Winkel von 45° ansteigen, wird die Hälfte ihrer Höhe in Anrechnung gebracht; beträgt aber ihr Neigungswinkel mehr als 60° , so kommt ihre ganze Höhe in Anrechnung.

§ 21.

(Zu § 25 g.)

Gebäudehöhe bei Aenderung der Fluchtlinien.

Wenn im Ortsbauplane die Verbreiterung einer bestehenden Straße vorgesehen ist, so sind die neuen Fluchtlinien für die

Höhe neu zu errichtender Gebäude nur mit der Einschränkung maßgebend, daß da, wo die Straße entsprechend der Entfernung der neuen Fluchtlinien von einander noch nicht freigelegt ist, mit Rücksicht auf die vorgesehene Straßenverbreiterung eine Ueberschreitung der bisher zulässigen Gebäudehöhe um mehr als 3 m nicht gefordert werden kann.

In besonderen Fällen kann von dieser Beschränkung Abstand genommen werden, namentlich dann, wenn die Freilegung der neuen Fluchtlinie im wesentlichen bewirkt ist oder nahe bevorsteht.

Zu § 26 der Bauordnung.

§ 22.

Zahl der Geschosse.

Bei Anwendung der Vorschrift im § 26 d. r. Bauordnung werden Zwischengeschosse als volle Geschosse in Anrechnung gebracht.

In der Außenstadt (s. § 17) darf bei Wohngebäuden die Zahl der Geschosse (außer dem Kellergeschosse) nicht mehr als 4, an den im § 44 I bezeichneten und den denselben nach § 44 Ziffer 2 hinzugefügten Straßen nicht mehr als 3 betragen.

Zu § 27 der Bauordnung.

§ 23.

Höhe von Seitenflügeln und Hintergebäuden.

1. Bei Ermittlung der zulässigen Höhe der Hintergebäude und Seitenflügel ist nach den in den §§ 19 und 20 enthaltenen Vorschriften zu verfahren.

2. Die Vorschrift im § 27 der Bauordnung, der zufolge die für die Vorderseite eines Gebäudes zulässige Höhe auch für dessen Rückseite zulässig sein soll, findet auf Hintergebäude nur mit der Einschränkung Anwendung, daß die Höhe der Rückseite, sofern diese zur Zuführung von Licht und Luft erforderliche Oeffnungen enthält, die mittlere Ausdehnung der angrenzenden unbebauten Grundfläche um mehr als 4,5 m nicht übersteigen darf.

Zu § 29 der Bauordnung.

§ 24.

Höfe.

Die nach § 29 a der Bauordnung von der Bebauung ausgeschlossene Grundfläche muß so belegen und gestaltet sein, daß den auf dem Gesamtgrundstücke befindlichen Gebäuden der nötige Licht- und Luftzutritt nicht entzogen wird. Ueberdies muß in der unmittelbaren Umgebung der Gebäude ein so gestalteter und so geräumiger Teil jener Grundfläche liegen, daß im Falle Ausbruches eines Schadenfeuers die erforderlichen Rettungsarbeiten ungehindert vorgenommen werden können. Innerhalb dieses letzteren Teiles der Grundfläche ist die Herstellung von über die Umfassungswände der Gebäude vortretenden Bauteilen, von Schuttdächern und ähnlichen baulichen Anlagen nur insoweit zulässig, als dadurch die im feuerpolizeilichen Interesse erforderliche Ausübung von Rettungsarbeiten nicht beeinträchtigt wird.

§ 25.

Zulässige Bebauung eines Grundstücks.

Die im § 29 b der Bauordnung erwähnte stärkere Bebauung eines Grundstücks ist nur dann zulässig, wenn auch die Küchen entweder von der Straße oder von einem Hofe oder Garten aus genügend Licht und Luft empfangen (vergl. § 28), wenn ferner für Erhellung und Lüftung der Flure, Treppen und Aborte genügend gesorgt, sowie eine angemessene Zugänglichkeit des Grundstücks bzw. eines darauf etwa zu errichtenden Hintergebäudes unmittelbar von der davor liegenden Straße aus beschafft ist.

Zu § 30 a der Bauordnung.

§ 26.

Zugänglichkeit der Gebäude und einzelnen Grundstücksteile.

Die unbebaut bleibenden Zugangswege müssen, wenn durch sie ausschließlich die Zugänglichkeit des Grundstücks gesichert

werden soll, eine mindestens 2,30 m haltende, völlig unbeschränkte Nutzbreite haben und ordnungsmäßig befestigt sein.

Die Nutzbreite der Durchgänge und Durchfahrten darf nicht an einzelnen Stellen durch vorspringende Bauteile beengt sein; die lichte Höhe der Durchgänge soll mindestens 2,5 m, diejenige der Durchfahrten mindestens 3 m betragen.

Scharfe Biegungen und Knicke, die ein Befahren mit den Feuerlöschgeräten erschweren oder unmöglich machen, sind bei den Durchfahrten nicht zulässig.

Umfaßt ein Grundstück, für das eine Durchfahrt hergerichtet werden muß, mehrere unbebaute Teile (Höfe, Gärten), so ist jeder derselben mittelst einer solchen Durchfahrt zugänglich zu machen, sofern der Hof oder Garten wenigstens auf einer Seite von einem Gebäude begrenzt wird.

Für Grundstücke, welche hinter der Straßenflucht stärkere Neigungen als 1:20 haben, oder in größerer Tiefe als 50 m mit Gebäuden — wenn auch nicht zusammenhängend — besetzt werden, können zum Zwecke der Sicherung ihrer Zugänglichkeit weitergehende Anforderungen vom Stadtbauamte gestellt werden.

Zu § 30 b der Bauordnung.

§ 27.

Zuführung von Licht und Luft.

Die Zuführung von Licht und Luft durch Lichtschächte genügt für solche Räume nicht, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind.

Falls derartige Räume Licht und Luft von einem ringsumbauten Hofe erhalten, so muß dessen Grundfläche mindestens 40 qm bei 6 m kleinster Abmessung betragen.

§ 28.

Fortsetzung.

1. Nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften müssen unmittelbares Himmelslicht erhalten:

- a. die Wohn-, Schlaf- und Arbeitsräume sowie die Küchen,
- b. solche Räume, die zwar nach dem Bauplane eine andere Zweckbestimmung haben als die unter a aufgeführten, die aber bei ihrer Lage, Größe und sonstigen Beschaffen-

heit ohne jede bauliche Aenderung auch als Wohn-, Schlaf-, Arbeitsräume oder Küchen benutzt werden können.

2. Die Fensteröffnungen der bezeichneten Räume müssen in ihrer ganzen Fläche, jedoch nur soweit Lichtöffnungen nach § 68 erforderlich sind, für alle Lichtstrahlen erreichbar sein, welche rechtwinklig zur Fensteröffnung unter einem Neigungswinkel gegen die Wagerechte von 60° und darüber einfallen.

Um das zu erreichen, sind die erforderlichen Abstände beim Bauen innezuhalten. Dabei gelten die Nachbargrundstücke als in zulässiger Grenznähe und Höhe bebaut.

Vertragsmäßige Regelung der Bebauung auf den Grenzen wird hierbei nur dann berücksichtigt, wenn sie durch Eintragung in das Grundbuch hinreichend gesichert ist.

3. Es soll jedoch zulässig sein, in jedem Geschoße eines selbständigen Hauses 2 nicht aneinanderstoßende Räume für die zu 1 a bezeichneten Zwecke einzurichten und zu benutzen, auch wenn die Lichteinführung in diese Räume den Anforderungen zu 2 nicht entspricht.

4. Wird die Lichteinführung dadurch beeinträchtigt oder vereitelt, daß infolge Veräußerung von Grenzflächen oder infolge Aufhebung vertragsmäßiger Regelungen eine bei der Baugenehmigung nicht vorausgesehene Bebauung in der Umgebung der fraglichen Räume eintritt, so kann die weitere Benutzung der letzteren zu den zu 1 a bezeichneten Zwecken vom Stadtbauamte untersagt werden und ist alsdann nicht mehr zulässig.

Zu § 31¹ der Bauordnung.

§ 29.

Offene Schuppen.

Offene Schuppen sind nur dann zulässig, wenn die offene Seite mindestens 6 m von der Eigentumsgrenze entfernt ist.

Eine Ausnahme hiervon findet statt:

- a. bei Schuppen, die isoliert im freien Felde liegen;
- b. wenn auf der weniger als 6 m von der offenen Schuppenseite entfernten Eigentumsgrenze eine nach Ansicht des Stadtbauamts genügend lange massive Mauer vorhanden ist, die wenigstens so hoch ist, wie

die offene Schuppenseite, und entweder dem Eigentümer des Schuppens gehört oder über deren gemeinschaftliche Benutzung sich die Nachbarn verständigt haben.

Weitere Ausnahmen sind nach Ermessen des Stadtbauamts gestattet.

Zu § 31² der Bauordnung.

§ 30.

Lichtschachte.

Auch bei einem gemeinschaftlichen Lichtschachte muß der Abstand der benachbarten Gebäude innerhalb des Schachtes überall mindestens 4 m betragen.

Zu § 32 der Bauordnung.

§ 31.

Zwischenräume bei offener Bauweise.

Die Vorschrift des § 32 der Bauordnung findet nur dann Anwendung, wenn der Neubau infolge Brandunglücks oder sonstiger höherer Gewalt erforderlich wird.

Zu § 35 h der Bauordnung.

§ 32.

Hervortreten einzelner Bauteile über die Straßenflucht.

I. In einer Höhe von mindestens 3 m über dem Fußwege dürfen Sockel, Fenstergewände und Verdachungen, Gurt- und Dachgesimse, Pilaster, Säulen und Pfeiler über die Straßenflucht vorragen:

- a. höchstens 10 zm, wenn die Straßenbreite weniger als 12 m beträgt;
- b. höchstens 20 zm, wenn die Straßenbreite weniger als 17 m beträgt;

c. höchstens 25 zm, wenn die Straßenbreite weniger als 23 m und

d. höchstens 30 zm, wenn dieselbe 23 m oder mehr beträgt.

II. Unbedeckte und freitragende Balkone dürfen höchstens 1,2 m, rechtwinklig vom Gebäudestern aus bis zu ihrer äußersten Ausladung gemessen, über die Straßenflucht vorragen. Dieselben müssen mit ihren tiefsten Teilen wenigstens 3 m über dem Fußwege angebracht werden und von der Nachbargrenze mindestens um das Anderthalbfache ihres Vorsprungs entfernt bleiben.

III. Feste Schutzdächer über Haustüren oder Toren sind an den straßenseitigen Fronten nur in mehr als 14 m breiten Straßen und mit einem Vorsprunge von höchstens 1,5 m über die Straßenflucht, sowie nur in einer Höhe von mindestens 3 m über dem Fußwege zulässig.

IV. Hauptgesimse dürfen nicht mehr als 0,80 m über die Fluchtlinie hervorragen.

§ 33.

Fortsetzung.

Erker sowie bedeckte Balkone sind nur mit einer Ausladung von höchstens 1 m über die Straßenflucht hinaus zulässig und dürfen in Straßen von weniger als 14 m Breite überhaupt nicht angebracht werden.

Dieselben müssen mit ihren tiefsten Teilen wenigstens 3 m über dem Fußwege angebracht werden und von der Nachbargrenze mindestens um das Anderthalbfache ihres Vorsprungs entfernt sein.

§ 34.

Altane, Balkone, Erker, Freitreppen usw. innerhalb der Vorgärten.

Innerhalb der Vorgärten dürfen Altane, Balkone, Erker, Freitreppen, Terrassen und ähnliche Anlagen mit einem größeren Vorsprunge vor dem Gebäudestern, als in den §§ 32 und 33 bestimmt ist, angelegt werden. Die Entscheidung darüber, welche Ausladung resp. welcher Vorsprung in dem einzelnen Falle im Verhältnisse zur Breite des Vorgartens zu gestatten und welcher Abstand bei Herstellung der oben bezeichneten Bauteile von der Nachbargrenze inne zu halten ist, liegt dem

Stadtbauamte ob. Dabei wird jedoch bestimmt, daß Freitreppen, Terrassen, Altane und sonstige zu ebener Erde angebrachte Bauteile höchstens die halbe Vorgartentiefe und nicht mehr als ein Drittel der Straßenfront des Gebäudes einnehmen dürfen.

§ 35.

Hervortreten von Fußträgern über die Straßenlinie.

Fußträger dürfen über den Sockel nur vorstehen, wenn sie bündig in den Fußweg eingelassen werden.

§ 36.

Kellerlichtschachte.

Die Anbringung von Keller- und Souterrains-Lichtschachten in der Oberfläche der Straßen oder öffentlichen Plätze ist nicht zulässig.

Die zur Zeit des Erlasses dieses Statuts bereits vorhandenen Schachte sind innerhalb der Straße so abzudecken, daß eine Gefährdung des Publikums durch dieselben nicht bewirkt wird. Zur Abdeckung sind in die Straßenoberfläche fest eingelegte Eisenstäbe oder Gitter zu verwenden, welche nicht geöffnet werden können.

Die Eisenstäbe dürfen höchstens 3 cm von einander liegen; die Gitter dürfen höchstens 9 qcm große Oeffnungen erhalten.

Bewegliche Deckel oberhalb der Eisenstäbe resp. Gitter sind nicht gestattet.

Die Eisenstäbe bezw. Gitter müssen durch Aufrauchen, Rörren oder dergleichen so hergestellt und unterhalten werden, daß ein Ausgleiten auf ihnen verhütet wird.

Zu § 35 c der Bauordnung.

§ 37.

Anbringung von Türen, Fenstern, Läden und dergl.

An allen Straßen, auf denen ein größerer Verkehr herrscht, dürfen Türen, Tore, Läden, Fenster usw. nur so angelegt werden, daß sie nicht nach außen aufschlagen; bei Läden und Fenstern ist jedoch ein Aufschlagen nach außen zulässig, wenn

sie mit ihrem unteren Rande wenigstens 3 m von der Straßenfläche entfernt sind.

Unter der gleichen Voraussetzung sind vorhandene nach außen aufgehende Türen, Tore, Läden, Fenster usw. so einzurichten, daß sie nach innen aufgehen, und zwar binnen sechs Monaten, nachdem das Stadtbauamt nach vorgängiger Zustimmung des Stadtmagistrats durch Erteilung eines entsprechenden Bescheides im Einzelfalle die entsprechende Anordnung getroffen hat.

Die Vorschriften dieses Paragraphen finden keine Anwendung auf Gebäude, deren Außenseiten so weit hinter der Straßenflucht liegen, daß durch das Aufschlagen der oben genannten Bauteile der Verkehr nicht gestört werden kann.

Zu § 36 der Bauordnung.

§ 38.

Ableitung des Dachwassers.

An der Straßenseite der Gebäude darf die Ableitung des Himmelwassers von Dächern, Balkonen, Schutzdächern usw. nur mittelst Rinnen und Abfallröhren erfolgen.

Es wird dabei auf die Vorschriften des Statuts, die Entwässerung der Stadt Braunschweig betreffend, vom 14. März 1888 bezw. die dazu erlassenen Ausführungsvorschriften hingewiesen.

Zu § 38 der Bauordnung.

§ 39.

Vorschriften über Aborte.

Für jedes neu zu errichtende Wohngebäude ist die erforderliche Anzahl von Aborten entweder in den Wohnhäusern selbst oder in den Seiten- oder Hintergebäuden herzustellen, und zwar muß für jede Familienwohnung wenigstens ein Abort hergerichtet werden.

In Fabriken, Wirtschaften und ähnlichen Räumen, in denen regelmäßig eine größere Zahl von Personen zu verkehren pflegt, sind die Aborte für das männliche und weibliche Geschlecht getrennt anzulegen; die erforderliche Zahl bestimmt von Fall zu Fall das Stadtbauamt.

§ 40.

Fortsetzung.**Lüftung und sonstige Einrichtung der Aborte.**

Die Aborträume sind in der Regel an einer Umfassungswand anzulegen und mit ins Freie führenden Fenstern und angemessenen Lüftungsvorrichtungen zu versehen. Die Sitzöffnungen sind mit dicht schließenden Deckeln zu bedecken. Die Türen sollen leicht und fest verschließbar sein.

Auf Wasserlosetts bezw. auf Räume, in denen solche angebracht sind, finden die vorstehenden Bestimmungen, abgesehen von der Vorschrift betreffend die Anbringung von Lüftungsvorrichtungen, keine Anwendung.

An öffentlichen Orten, in Wirtschaften und dergl. sollen außerdem die Türen der Aborträume so eingerichtet werden, daß sie von selbst zufallen.

§ 41.

Fortsetzung.**Abfallröhren der Aborte.**

Die Abfallröhren sind aus einem Materiale herzustellen, welches von den Auswurfstoffen nicht angegriffen wird; es ist sonach z. B. die Verwendung von Holz und schlecht gebranntem Ton ausgeschlossen.

Die innere Fläche der Abfallröhren soll möglichst glatt sein.

Die Röhren sind unter Vermeidung scharfer Biegungen möglichst senkrecht anzulegen.

Die Abfallröhren im Innern der Gebäude sind so anzubringen, daß schadhafte Stellen sofort erkennbar sind und Verbesserungen leicht vorgenommen werden können.

§ 42.

Fortsetzung.**Abortgruben.**

I. Neue Abortgruben dürfen nur außerhalb der Gebäudegrundfläche angelegt werden; die äußere Grubenumfassung muß von der Straße mindestens 5 m und von vorhandenen Brunnen

mindestens 10 m entfernt sein. Die Gruben sind nach Vorschrift des Stadtbauamts völlig wasserdicht und gegen die umgebende Luft gut abgeschlossen herzustellen und in solchem Zustande zu erhalten; für eine sichere Abdeckung und fachgemäße Lüftung der Abortgruben ist Vorsorge zu treffen und die betreffende Einrichtung stets in ordnungsmäßigem Zustande zu erhalten.

Zur Aufnahme der menschlichen Auswurfstoffe dienende Abortgruben dürfen auf solchen Grundstücken nicht hergestellt werden, die an kanalisierten Straßen liegen.

II. Ältere Abortgruben, welche den gesetzlichen oder statutarischen Bestimmungen nicht entsprechen, sind vorschriftsmäßig herzustellen, sobald solches aus Gesundheits- oder Sicherheitsrücksichten geboten erscheint.

Erscheint die ordnungsmäßige Instandsetzung einer Abortgrube notwendig oder entstehen Zweifel über ihre vorschriftsmäßige Beschaffenheit, so ist der Eigentümer auf Anordnung Herzoglicher Polizeidirektion verpflichtet, die Grube zum Zweck der Untersuchung auf seine Kosten bis auf den Boden entleeren und reinigen zu lassen. Die weiteren Kosten der Untersuchung fallen dem Eigentümer nur dann zur Last, wenn der Zustand der Grube als mangelhaft befunden wird. Die Einziehung dieser Kosten erfolgt zwangsweise im Verwaltungswege.

Die über Reinigung und Desinfektion von Abortgruben in den §§ 96, 97 und 98 der Straßenpolizeiordnung vom 30. Dezember 1893 gegebenen Vorschriften bleiben unberührt.

III. Wenn nach Erlass dieses Statuts ein Jahr verflossen ist, soll in allen an kanalisierten Straßen belegenen Grundstücken die Beseitigung der menschlichen Auswurfstoffe ausschließlich mittelst Wasserklosetts erfolgen. Die alsdann außer Betrieb zu setzenden Abortgruben sind in diesem Falle zu beseitigen.

Ausgenommen sind nur solche Abortanlagen, die nicht für Wohngebäude bestimmt, innerhalb umfangreicher Garten- oder Feldgrundstücke entfernt von der Straße gelegen und so eingerichtet sind, daß ihrer Anlegung und Unterhaltung nach Ansicht Herzoglicher Polizeidirektion irgend welche Bedenken nicht entgegenstehen. — Dasselbe gilt von solchen Abortanlagen, die nur vorübergehend unterhalten werden.

§ 43.

Andere Arten der Beseitigung menschlicher Auswurfstoffe.

Andere als die in den §§ 40—42 erwähnten Arten der Aufbewahrung und Beseitigung der menschlichen Auswurfstoffe, z. B. mittelst Tonnen usw., bedürfen der Genehmigung der Herzoglichen Polizeidirektion und unterliegen der polizeilichen Aufsicht.

Zu § 41 der Bauordnung.

§ 44.

Lästige Anlagen.

1. Anlagen, welche für die Besitzer oder Bewohner der benachbarten Grundstücke oder für das Publikum überhaupt durch Verbreitung schädlicher Dünste oder starken Rauchs oder durch Erregung ungewöhnlichen Geräusches Nachteile, Gefahren oder Belästigungen herbeiführen können, insbesondere die nach § 16 der Gewerbeordnung genehmigungspflichtigen Anlagen sind auf Grundstücken, welche an den nachstehend aufgeführten Straßen und Plätzen belegen sind, nicht zulässig:

I. Innenstadt:

Augustplatz.
Am Augusttore.
Augusttormwall.
Bammelsburgerstraße.
Bruchtormwall.
Ehrenbreitstraße.
Am Fallerslebertore.
Fallerslebertormwall.
Ferdinandstraße.
Friedrich-Wilhelmsplatz.
Am Gaußberge.
Gieselerwall.
Hohetormwall.
Am Hohentore.
Inselwall.
Kalenwall.
Lessingplatz.
Löwenwall.

Monumentstraße.
Museumstraße.
Pawelstraße.
Am Petritore.
Petritormwall.
Sandweg.
Schubertstraße.
Siegesplatz.
Steintormwall.
Am Theater.
Theaterwall, einschließlich der
das Herzogliche Hoftheater
begrenzenden Straßen.
Am Wendentore.
Wendentormwall.
Wilhelmitormwall.
Am Windmühlenberge.

II. Außenstadt:

- | | |
|--------------------------------|-------------------------------|
| Adolfstraße. | Jerusalemstraße. |
| Altewiekring. | Juliusstraße. |
| Amalienplatz. | Kaiser Wilhelmstraße. |
| Amalienstraße. | Kalandstraße. |
| Autorstraße. | Kapellenstraße. |
| Kleine Bertramstraße. | Kasernenstraße. |
| Bismarckstraße. | Klosterstraße. |
| Blücherstraße. | Körnerstraße. |
| Bodestraße. | Lachmannstraße. |
| Bültenweg zwischen der Gliezm- | Landstraße. |
| aroderstr. u. Nebenstr. | Leisewitzstraße. |
| Bürgerstraße. | Leonhardplatz. |
| Bughagenstraße. | Leonhardstraße. |
| Cammannstraße. | Lützowstraße. |
| Campestraße. | Luisenstraße. |
| Kleine Campestraße. | Marthastraße. |
| Cellerstraße zwischen Umflut- | Moltkestraße. |
| graben u. Hildesheimerstr. | Neustadttring. |
| Charlottenstraße. | Obergstraße. |
| Chennitzstraße. | Ottmerstraße. |
| Döringstraße. | Parkstraße. |
| Kleine Döringstraße. | Portstraße. |
| Kleiner Exerzierplatz. | Pflegelhausstraße. |
| Fasanenstraße. | Pockelsstraße. |
| Friedrichsplatz. | Nebenstraße zwischen Pockels- |
| Gabelsbergerstraße. | straße und Bültenweg. |
| Gaußstraße. | Rosental. |
| Gehöfstraße. | Rudolfstraße. |
| Glismaroderstraße. | Schleinitzstraße. |
| Gneisenaufstraße. | Sophienstraße. |
| Göttingstraße. | Spielmannstraße. |
| Hagenring. | Spohrstraße. |
| Hagenstraße. | Stiewegstraße. |
| Hedwigstraße. | Willierstraße. |
| Heinrichstraße. | Voigts Rheßstraße. |
| Helmstedterstr. zwischen Um- | Wendenring. |
| flutgraben u. Wörthstr. | Wilmeringstraße. |
| Hennebergstraße. | Wolfenbüttelerstraße, mit |
| Hohestiege. | Ausschluß der Teilstrecke |
| Humboldtstraße. | zwischen der Elmstraße und |
| Husarenstraße. | Eisenbüttelerstraße. |

Als Grundstücke, welche an einer der vorstehend bezeichneten Straßen bezw. einem der vorstehend bezeichneten Plätze belegen sind, gelten alle Grundflächen, die von einer Außenseite dieser Straßen und Plätze bezw. der dazu gehörigen Nebenflächen (Fußwege, Parkanlagen und dergl.) weniger als 75 m entfernt sind, auch wenn die Grundflächen von anderen Straßen oder Plätzen aus zugänglich sein sollten.

Auf allen diesen Grundflächen dürfen Anlagen der oben gedachten Art weder errichtet, noch in bereits vorhandenen Bauwerken bezw. unter freiem Himmel eingerichtet werden.

2. Durch Beschluß der städtischen Behörden kann mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums das unter 1 gedachte Verzeichniß von Straßen und Plätzen durch Aufnahme anderer Straßen und Plätze mit der Wirkung ergänzt werden, daß die an diesen belegenen Grundstücke der unter 1 gedachten Beschränkung in Gemäßheit der daselbst gegebenen Vorschriften unterliegen.

In diesem Falle tritt die fragliche Beschränkung mit dem Tage in Kraft, an dem der bezügliche Beschluß vom Stadtmagistrate durch die Braunschweigischen Anzeigen unter Bezugnahme auf die Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums bekannt gemacht wird.

3. Durch Beschluß der städtischen Behörden kann mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums die in den vorstehenden Bestimmungen erwähnte Beschränkung in Ansehung einzelner Straßen und Plätze bezw. der an diesen belegenen Grundstücke aufgehoben werden. Die Beschränkung erlischt in diesem Falle mit dem Tage, an dem der betreffende Beschluß durch die Braunschweigischen Anzeigen unter Bezugnahme auf die Genehmigung Herzoglichen Staatsministeriums bekannt gemacht wird.

4. Die Vorschriften dieses Paragraphen finden keine Anwendung

a. auf nicht fabrikmäßig betriebene Bäckereien und Schlachtereien;

b auf Anlagen der oben gedachten Art, welche auf den den Beschränkungen dieses Paragraphen unterliegenden Grundstücken zur Zeit des Erlasses dieses Statuts bereits vorhanden sind, mit der Maßgabe, daß auch die Erneuerung bezw. Erweiterung der gedachten Anlagen daselbst zulässig sein soll. Im Falle des Eingehens

einer der fraglichen Anlagen soll jedoch an Stelle derselben eine der im Eingange dieses Paragraphen erwähnten Anlagen zulässig sein, wenn durch sie eine erheblichere Schädigung oder Belästigung im Vergleich zu der bisherigen Anlage nach Ansicht des Stadtbauamts nicht zu beforgen ist.

5. Soweit Anlagen der unter 1 gedachten Art nach den vorstehenden Bestimmungen zulässig sind, müssen sie so eingerichtet bzw. mit solchen Schutzvorkehrungen versehen werden, daß die unter 1 erwähnten Beeinträchtigungen wenigstens soweit vermieden bzw. gemildert werden, wie nach dem jeweiligen Stande der Technik billigerweise gefordert werden kann

Zu § 42 der Bauordnung.

§ 45.

Einfriedigungen.

1. Die Höhe der straßenseitigen Einfriedigungen (s. § 3 Nr. 17 des Polizeistrafgesetzbuches) soll, sofern nicht im Einzelfalle nach Ansicht des Stadtbauamts eine Abweichung zulässig erscheint, nicht weniger als 1,20 m und nicht mehr als 2,25 m betragen.

Auf die Einfriedigungen von Rasenplätzen und sonstigen öffentlichen Anlagen findet diese Vorschrift keine Anwendung.

2. Mauern, Planken oder sonstige aus undurchbrochenem Materiale bestehende Einfriedigungen sind auf den straßenseitigen Grenzen derjenigen Grundstücke unzulässig, welche Vorgärten besitzen bzw. an den Wallpromenaden oder solchen Straßen belegen sind, an denen die offene Bauweise vorherrscht oder vorgeschrieben ist; sie können indessen auch hier zugelassen werden, soweit solches mit Rücksicht auf den innerhalb eines Grundstücks unterhaltenen Betrieb nach Ansicht des Stadtbauamts geboten erscheint, oder soweit es sich um die Anlage einzelner geschützter Sitzplätze handelt.

3. Die Anlage neuer Hecken, sowie die Errichtung von Harzäunen oder von Staketis, die aus rohen Latten bestehen, ist zum Zwecke der straßenseitigen Einfriedigung derjenigen Grundstücke nicht zulässig, welche innerhalb der Umflutgräben oder an Ortsstraßen und Ortsplätzen oder an den befestigten und bebauten außenstädtischen Straßen und Wegen belegen

sind. Die Einfriedigungen solcher Grundstücke müssen, sofern sie aus Eisen oder Holz bestehen, mit einem geeigneten Anstriche versehen sein.

Auf Grundstücke an Feld- und Wannenwegen der Feldmarksgemeinden finden die Bestimmungen dieses Abschnitts keine Anwendung.

4. Einfriedigungen auf den die Straßenflucht schneidenden Zwischengrenzen der einzelnen Grundstücke sollen — soweit von der Straße ab sichtbar — bis zu einer Tiefe von 15 m von der Straßenflucht ab gemessen nicht höher sein, als die straßenseitige Einfriedigung des Grundstücks, zu dem sie gehören; auch sollen die Einfriedigungen innerhalb solcher Zwischenräume zwischen zwei an der Straße belegenen Gebäuden, welche weniger als 5 m breit sind, so hergestellt werden, daß sie im Notfall schnell und leicht beseitigt werden können.

5. An den straßenseitigen und an denjenigen Einfriedigungen, welche den zwischen zwei benachbarten Gebäuden belegenen als Grundstückseingang dienenden freien Raum trennen, darf Stacheldraht oder ähnliches Material nur so angebracht werden, daß durch die Anlage eine Beschädigung der auf der Straße oder innerhalb der Grundstückseingänge verkehrenden Personen, ihrer Kleidung, Schirme usw. nicht veranlaßt werden kann.

Zu § 43 der Bauordnung.

§ 46.

Belastung des Baugrundes und der Baukonstruktionsteile sowie Beanspruchung der Baustoffe.

Für die Beurteilung der Belastung des Baugrundes und der Baukonstruktionsteile sowie der Beanspruchung der Baustoffe sind die in der als Anlage B diesem Statute angehängten Uebersicht enthaltenen Zahlen als maßgebend zu erachten.

Soweit in dieser Uebersicht in bezug auf eine einzelne Bauart oder Konstruktion Angaben nicht enthalten sind, oder sofern von den in der Uebersicht enthaltenen Angaben im Einzelfalle abgewichen werden soll, ist der Nachweis der Richtigkeit der der Bauzeichnung bezw. statischen Berechnung zugrunde gelegten Annahmen zu erbringen.

Änderungen der fraglichen Uebersicht kann das Stadtbauamt mit Genehmigung des Stadtmagistrats beschließen; dieselben sind vom Stadtmagistrate durch Bekanntmachung in den Braunschweigischen Anzeigen zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

§ 47.

Brunnen.

1. Innerhalb solcher Grundstücke, die mit der städtischen Wasserleitung nicht verbunden sind, dürfen andere als geschlossene Brunnen nicht angelegt oder unterhalten werden, sofern sich auf solchen Grundstücken zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Gebäude befinden.

2. Abgesehen von eisernen Röhren-(Tief-)Brunnen sind die Brunnen bis zu der wasserführenden Schicht, jedenfalls aber bis zu einer Tiefe von 2,50 m von der Oberfläche ab massiv und undurchlässig herzustellen und mindestens 30 cm über das umgebende Erdreich zu führen.

3. Die Umgebung des Brunnens ist bis zu einer Entfernung von 1,50 m mit Gefälle vom Brunnen ab abzupflastern oder in ähnlicher Weise zu befestigen; auch ist für sichere Ableitung des Ueberlaufwassers Sorge zu tragen.

4. Die Brunnenbrüstung soll bei offenen Brunnen mindestens 0,80 m hoch sein. Nicht offene Brunnen müssen mit dicht schließender Abdeckung versehen sein.

§ 48.

Gesundheitspolizeiliche Vorschriften.

Alle zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Gebäude, insbesondere Wohngebäude, sind nach Beseitigung der Vegetationsschicht des Bodens auf natürlichem oder künstlich hergestelltem, trockenem Untergrunde und im übrigen so anzulegen, daß es im Innern nicht an Luft und Licht fehlt.

§ 49.

Eisenkonstruktionen.

Eine feuersichere Ummantelung der Haupttragkonstruktionen mit Ausnahme der D

a

Lagerhäuser immer, für Gebäude, welche zum Betriebe von Gewerben dienen, aber dann vorzunehmen, wenn diese entweder Obergeschosse besitzen, die zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, oder wenn in ihnen größere Vorräte leicht entzündlicher oder schwer löslicher Stoffe aufbewahrt oder besonders feuergefährliche Einrichtungen betrieben werden sollen.

Bei eisernen Fachwerksbauten bleiben die äußeren Flächen der in den Wänden liegenden Konstruktionssteile frei.

§ 50.

Grund-, Keller-, Plinth- und Schwellmauern.

In der Regel soll alles Mauerwerk, welches in und gegen Erdreich oder sonstiges Füllungsmaterial zu liegen kommt, von natürlichen Steinen gefertigt werden. Die Verwendung von Beton ist zulässig, falls Material und Mischungsverhältnis den Anforderungen des Stadtbauamts entsprechen. Die Grundmauern der Gebäude müssen auf gutem, von Natur tragfähigem oder in künstlicher Weise durch Beton, Kist, Pfahlwerk und dergleichen tragfähig gemachtem Boden angelegt und in regelrechtem Verbands mit zweckentsprechendem Bindemittel (Mörtel) gefertigt werden. Sie sollen, wenn nicht besondere Umstände die Verstärkung nach beiden Seiten ausschließen, jederseits 0,15 m stärker sein als die zunächst darauf gestellten Mauern oder Wände.

Die Grundmauern der Umfassungswände müssen, um vor den Einwirkungen des Frostes geschützt zu sein, mindestens 0,85 m tief in den Erdboden hineingreifen; sie sind bei allen zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Gebäuden oberhalb des Bauwerks umgebenden Erdbodens mit einer das Aufsteigen der Grundfeuchtigkeit verhindernden Isolierschicht zu versehen.

Die Keller-, Plinth- und Schwellmauern sind aus gutem, widerstandsfähigem Materiale und in einer dem Erddrucke und dem Gewölbeschube entsprechenden Stärke zu fertigen.

§ 51.

Konstruktion der Wände im allgemeinen.

Wände dürfen im allgemeinen nur als Mauern oder als mit Mauerwerk in den Fächern gefüllte Fachwerkswände

oder in einer vom Stadtbauamte in gesundheits- und feuerpolizeilicher Beziehung für gleichwertig erachteten Konstruktionsart hergestellt werden. Innere Fachwerkwände, welche in den Fächern mit Stat- oder Flechtwerk, Torf oder andern brennbaren Stoffen ausgefüllt werden, sind verboten. Wegen der Ausmauerung der Wandfächer von äußern Fachwerkwänden (Umfangswänden) vergl. § 49 Abs. 1 der B. O. Hinsichtlich der Herstellung der Blochwände gilt die Vorschrift des § 49 Abs. 2 der B. O.

§ 52.

Konstruktion der Umfangswände.

A. Mauern.

Die Stärke der massiven Umfangswände (Mauern) der Gebäude ist nach den die feuersicheren Mauern betreffenden Vorschriften der Anweisung zur Ausführung der Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 7. September 1899 zu bemessen (§ 1 der Anweisung).

B. Fachwerkwände.

Die Schwellen der Fachwerkwände des untern Stockes müssen von Eichenholz konstruiert werden, vom Sockel durch eine Barnsteinschicht isoliert sein und mindestens 0,4 m über der Oberfläche der äußeren Gebäudeumgebung (Hof, Garten und dergleichen) liegen.

Die Ständer und Bänder sollen mindestens 0,14 m in der Wandstärke und 0,14 m in der Ansicht stark sein. Bei Stockwerken über 4 m Höhe ist dieses Maß nach Anordnung des Stadtbauamts entsprechend zu verstärken.

Die Ausmauerung der Wandfächer geschieht nach der Vorschrift des § 49 Abs. 1 der Bauordnung. Lehmsteine oder Luftsteine sind zur Ausmauerung der Wandfächer nur dann zulässig, wenn die Außenflächen mit Bretterverschalung oder mit Behang von Ziegeln, Schiefeln, Steinplatten oder dergleichen versichert werden.

Konstruktion der inneren Wände.

§ 53.

A. Mauern.

1. Massive innere Wände müssen von Grund auf massiv und feuersicher sein, dürfen mithin, wenn sie auf dem Leeren stehen sollen, nicht auf hölzernen Trägern ruhen, sondern sind dann stets durch feuerfeste Konstruktion (Steinbogen, feuersicher bekleidete eiserne Träger) zu unterstützen. Die Stärke der inneren Mauern ist nach Maßgabe ihrer Höhe, Länge und Belastung, des Gewölbeschubes uvm. zu bemessen. Bei Verwendung eiserner Träger sind deren Abmessungen nach statischen Berechnungen festzusetzen.

2. Bei Wohnhäusern mit Stockwerken bis zu 4 m Höhe sollen die inneren, zum Tragen der Balken und Decken bestimmten Mauern eine geringere Stärke als 0,25 m bei gebrannten Steinen und 0,5 m bei Bruchsteinen nicht erhalten. Bei Stockwerken, deren Höhe mehr als 4 m beträgt, sind dieselben nach Anordnung des Stadtbauamts entsprechend zu verstärken.

3. Scheidemauern, die nicht zum Auslagern von Balken dienen, dürfen, wenn sie nicht nach der Entscheidung des Stadtbauamts zu lang und zu hoch sind, schwächer, bei Anwendung von Barnsteinen jedoch nie unter 0,12 m stark konstruiert werden. Für massive innere Mauern ist die Anwendung von Lehmsteinen verboten. Die Verwendung von anderen künstlichen, nicht gebrannten Materialien ist gestattet, wenn gegen die Beschaffenheit und Dauerhaftigkeit des Materials Einwendungen vor dem Stadtbauamte nicht erhoben werden.

4. Wegen der Brandmauern vergleiche die Ausführungsbestimmung zu § 58 der Bauordnung (§ 6 der Anweisung vom 7. September 1899), und wegen der feuersicheren Mauern innerhalb der Gebäude § 48 der B. O.

§ 54.

B. Fachwerks- oder andere wesentlich aus Holz konstruierte Wände.

1. In Fachwerkswänden, welche zum Tragen der Balkenlagen der Stockwerke bei Wohn- und ähnlichen Gebäuden

dienen und die Höhe von 4 m nicht überschreiten, sollen die Ständer und Bänder mindestens die Stärke von 14 zu 14 cm erhalten.

2. Zum Ausmauern der Wandfache dürfen außer Bruch- und Barnsteinen auch Luftziegel, Lehmsteine und andere künstliche Materialien (s. § 49 der B. O.) verwandt werden, soweit nicht die Ausführungsbestimmungen der Bauordnung anderweite Ausführungen vorschreiben (vergl. § 2 derselben).

3. Die Vorrichtung von Bretterwänden ist zulässig, wenn feuerpolizeiliche Bedenken nicht entgegenstehen.

§ 55.

Decken und Fußböden.

Hinsichtlich der Konstruktion von Decken und Fußböden kommen neben den hierauf bezüglichen Bestimmungen der §§ 54, 55, 56 und 65 der B. O. folgende Vorschriften zur Anwendung:

1. Decken von Wohnungen, welche zum Teil unter der Erdoberfläche liegen (Souterrains) oder von Kellergeschossen sind nicht in Holzwerk, sondern massiv, feuersicher herzustellen.

2. Fußböden in solchen Souterrainräumen, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienen, müssen durch geeignete Vorkehrungen so eingerichtet bzw. aus solchem Material hergestellt werden, daß die aus der Erde aufsteigende Grundluft in die bezüglichen Räume nicht eindringen kann (vergl. § 65⁴ dieses Statuts).

3. In Räumen, welche mit Beleuchtungs- oder Feuerungsanlagen versehen sind, ist die Täfelung der nicht feuersicheren Decken mit Holz nur zulässig, wenn die Decken vorher ordnungsmäßig gepußt sind.

Zu § 44 der Bauordnung.

§ 56.

Massivbau.

1. Die Umfangswände

a. aller zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Gebäude,

- b. aller Gebäude bezw. Gebäudeteile, welche zu einer in mehr als gewöhnlichem Grade feuergefährlichen Benutzung bestimmt sind,

sind massiv (von Steinen oder anderem unverbrennlichen Materiale) aufzuführen.

Dasselbe gilt

- c. von allen Gebäuden, welche von den unter a und b erwähnten nicht entweder wenigstens 4 m entfernt oder von denselben durch eine vollständig geschlossene feuersichere Mauer getrennt sind. Ausgenommen von dieser Vorschrift sind jedoch Garten- und Feldhäuschen von geringem Umfange.

2. Von vorstehenden Vorschriften sind bei offener Bauweise folgende Ausnahmen zulässig:

A. Es ist gestattet, Umfangswände von mindestens $\frac{1}{2}$ Stein starker Ausmauerung in eichenem Holzfachwerke herzustellen:

- a. bei Wohnhäusern mit höchstens einem Obergeschoße, wenn diese Häuser von anderen Gebäuden wenigstens 6 m und von der Straße wenigstens 3 m entfernt liegen,
- b. bei Wohnhäusern mit höchstens zwei Obergeschossen für das höchste Obergeschoß unter den zu a genannten Bedingungen.

B. Bei Fabrikgebäuden und sonstigen, ausschließlich zu gewerblichen Zwecken dienenden Häusern ist die Herstellung der Umfangswände aus Fachwerk oder einer gleichwertigen Konstruktionsart (§ 51) statthast, wenn diese Wände von anderen Baulichkeiten als massiven Mauern ohne Fenster oder sonstige Öffnungen mindestens 5 m entfernt bleiben und wenn sonstige feuerpolizeiliche Bedenken nicht obwalten.

In allen diesen Ausnahmefällen muß der dauernde Bestand der geforderten Entfernungen je nach der Eigenart des Einzelfalles durch entsprechende grundbuchmäßige Bau- usw. Beschränkungen gesichert sein.

3. Alle aus Stein, Steinpappe, Zement, Stuck und dergl. hergestellte Bauteile an massiven Gebäuden dürfen nicht auf Holz befestigt werden, sind vielmehr mit dem Mauerwerke sicher zu verbinden.

Zu § 46 Nr. 4 der Bauordnung.

§ 57.

Feuersichere Trennungswände.

Steht die langseitige feuersichere Umfangswand eines Gebäudes auf der Eigentumsgrenze, so muß dieselbe so hoch aufgeführt werden, daß sie die Dachfirst um wenigstens 25 cm überragt; ebenso muß, wenn zwei mit der Langseite an einander gebaute Gebäude eine gemeinschaftliche feuersichere Trennungswand haben, diese so hoch aufgeführt werden, daß sie die First des höheren der beiden benachbarten Dächer um wenigstens 25 cm überragt.

Zu § 53 der Bauordnung.

§ 58.

Feuersichere Konstruktion einzelner Bauteile.

Beranden, Balkone, Galerien und ähnliche an den Außenseiten der Gebäude anzubringende Bauteile können aus Holz gefertigt werden; das Stadtbauamt kann indessen die Verwendung von Holz untersagen, wenn die Anlagen der fraglichen Art infolge ihres Umfangs oder aus sonstigen Gründen in feuerpolizeilicher Hinsicht zu Bedenken Anlaß geben, insbesondere dann, wenn die für mehrere Geschosse bestimmten Teile der Anlagen (z. B. Beranden) in der Weise zusammenhängend konstruiert sind, daß dadurch ein etwa entstehendes Schadenfeuer leicht von einem Geschosse in das andere überspringen kann.

Galerien und bedeckte Gänge, welche in der Höhe an Gebäuden oder über Höfe usw. hinwegführen und den alleinigen Zugang zu den Räumen eines Gebäudes bilden, sind im Unterbau von Steinen oder Eisen zu konstruieren und müssen mit feuersicheren Fußböden versehen sein.

Zu § 59 der Bauordnung.

§ 59.

A. Herstellung der Gasleitungen.

1. Zur Herstellung der Gasleitungen darf — abgesehen von dem im § 59 Abs. 1 der Bauordnung erwähnten, zur

Verbindung der Leitung mit dem Gasmesser erforderlichen kurzen Bleirohre — nur Eisen oder ein sonstiges Metall, dessen Schmelzpunkt mindestens 800° C beträgt, verwandt werden.

2. Alle Gasröhren müssen hinreichende Stärke und Dichtigkeit besitzen; sie dürfen nur durch harte Lötung oder Verschraubung verbunden werden und sind tunlichst zugänglich mit genügendem Gefälle zu verlegen und sicher zu befestigen; sie müssen aber anderseits gegen Beschädigungen aller Art in geeigneter Weise (durch Verkleidung, Umhüllung, Anstrich) geschützt werden.

3. Bei Durchführung durch Fundamente sind die Rohre in Schutzrohre zu legen.

4. Leitungen unter Fußböden, in Wänden, Decken, Mauern und schwer zugänglichen Räumen sind, so lange sie noch offen liegen, vom Verfertiger genau einzumessen und in Zeichnungen einzutragen. Die letzteren sind vom Eigentümer des Gebäudes dem Stadtbauamte einzureichen.

5. Sind die Gasflammen (auch solche in Zylindern oder sogenannten Lochkuppeln) von brennbaren Stoffen oder Gegenständen nach oben gemessen nicht wenigstens 1 m und seitlich nicht wenigstens 40 cm entfernt, so sind die brennbaren Gegenstände durch Eisenblech oder ähnliche Stoffe sicher zu schützen. Ausnahmen von dieser Vorschrift sind mit Genehmigung des Stadtbauamts nur im Falle der Anbringung besonderer Schutzvorrichtungen zulässig.

6. Die auf Grund des § 59 Abs. 3 der Bauordnung für Fabrik- und sonstige gewerbliche Anlagen etwa vorgeschriebenen, außerhalb der Gebäude liegenden Abschlüsse müssen derart gekennzeichnet sein, daß sie im Falle der Gefahr leicht aufzufinden sind.

§ 60.

B. Prüfung der Gasleitungen.

1. Alle Gasleitungsanlagen müssen vor ihrer Verwendung nach näherer Anweisung des Stadtbauamts auf ihre Dichtigkeit geprüft werden.

2. Daneben ist bei Ausführung neuer, sowie bei Erweiterung oder größerer Ausbesserung bestehender Gasleitungen vor der Einführung des Gases und vor der Herstellung des Anstriches, des Putzes oder der sonstigen Verdeckung der Rohre eine zuverlässige Probe auf Dichtigkeit des Rohrnetzes

vermittelt einet Ueberdruck von 35 cm Wasserfäule vorzunehmen.

Bei besonders ausgedehnten Leitungen kann diese Prüfung abteilungsweise erfolgen.

3. Von Vollendung der Gasleitung und Aufstellung der Gasmesser hat der Eigentümer der Leitung dem Stadtbauamte schriftliche Anzeige zu machen, den Verfertiger der Leitung zu benennen und eine Bescheinigung desselben über den Ausfall der zu 2 erwähnten Probe beizubringen.

Das Stadtbauamt ist in jedem Falle zur Anordnung der behördlichen Nachprüfung der Gasleitung befugt. Eine solche ist stets dann vorzunehmen, wenn die Gasleitungen zwischen Balkenlage und Fußbodenbelag verlegt werden.

Bei jeder behördlichen Nachprüfung sind sowohl der Inhaber, als auch der Verfertiger der Leitung verpflichtet, alle zu der Prüfung erforderlichen Werkzeuge vorzuhalten und alle von dem die Prüfung vornehmenden Beamten angeordneten Versuche anzustellen. Etwa vorgefundene Mängel sind zu beseitigen, und es muß, wenn solches nicht sofort möglich, demnächst eine nochmalige Prüfung beantragt werden.

Eine Gasleitung, deren behördliche Nachprüfung vorgeschrieben oder angeordnet ist, darf vor Erteilung der Bescheinigung, die Leitung sei in Ordnung befunden, nicht in Betrieb genommen werden.

4. Für vorübergehenden Zwecken dienende Gasanlagen können vom Stadtbauamte besondere Anordnungen getroffen werden.

Zu § 60 der Bauordnung.

§ 61.

A. Elektrische Anlagen.

1. Die zur Erzeugung, Fortleitung oder Aufspeicherung elektrischen Stromes dienenden Starkstromanlagen sind vor ihrer Herrichtung beim Stadtbauamte anzumelden. Dasselbe gilt von Aenderungen oder Erweiterungen einer bestehenden Anlage der fraglichen Art.

Das Stadtbauamt läßt durch seine eigenen Beamten oder durch von ihm zugezogene Sachverständige die ordnungsmäßige Ausführung überwachen und die fertig gestellten Anlagen prüfen. Zu dem Zwecke kann angeordnet werden, daß alle die Prüfung

verhindernden baulichen Ausführungen bis zur Prüfung unterbleiben. Vor Ausstellung einer Bescheinigung über den ordnungsmäßigen Befund der Leitung darf dieselbe nicht in Betrieb genommen werden.

2. Das Stadtbauamt hat alle Anlagen der unter 1 erwähnten Art in bezug auf ihre Betriebssicherheit nach Bedarf dauernd überwachen und untersuchen zu lassen. Vorzufundene Mängel sind innerhalb der vom Stadtbauamt festgesetzten Frist zu beseitigen, widrigenfalls die weitere Benutzung der Anlage untersagt werden kann.

Das Ergebnis jeder derartigen Untersuchung wird dem Eigentümer der Anlage durch schriftlichen Bescheid eröffnet.

3. Alle beim Inkrafttreten dieses Statuts vorhandenen Anlagen der unter 1 gedachten Art sind binnen 14 Tagen nach Erlass einer entsprechenden Bekanntmachung des Stadtbauamts bei diesem schriftlich anzumelden.

4. Gebühren werden nach § 82 erhoben.

5. Solche elektrische Anlagen, welche Eigentum des Reiches, eines Bundesstaates oder der Herzoglichen Hofhaltung sind, unterliegen den Vorschriften dieses Paragraphen nicht.

Das Stadtbauamt ist befugt, die Überwachung der der Straßeneisenbahngesellschaft gehörigen elektrischen Anlagen einschließlich des Lichtwertes zu unterlassen, solange nach pflichtmäßigem Ermessen des Stadtbauamts ein ordnungsmäßiger Betrieb stattfindet.

6. Auf solche Aufzüge (Fahrstühle), deren Einrichtung und Betrieb durch das Gesetz die Einrichtung und den Betrieb von Aufzügen (Fahrstühlen) betreffend vom 26. Mai 1904 Nr. 36 geregelt wird, finden die vorstehenden Bestimmungen keine Anwendung.

§ 62.

B. Blitzableiter.

1. Alle Blitzableiter sind sogleich nach erfolgter Anbringung durch einen sachverständigen Techniker zu prüfen.

2. Die Eigentümer von Blitzableitern haben solche alljährlich einer Untersuchung durch sachverständige Techniker unterziehen zu lassen. Eine solche Untersuchung ist auch bei jeder Änderung oder Ausbesserung eines Blitzableiters, der vom Blitze getroffen ist, vorzunehmen.

Zu § 61 der Bauordnung.

§ 63.

Treppen.

1. Jedes nicht zu ebener Erde liegende Geschoß muß mindestens durch eine Treppe zugänglich sein, deren Lage den ungehinderten Ausgang ins Freie (Straße, Hof, Garten), sei es direkt oder mittelst Hausflur oder Durchfahrt, ermöglicht.

2. In allen Gebäuden muß von jedem nicht zu ebener Erde belegenen Raume aus eine Treppe auf höchstens 25 m Entfernung erreichbar sein, es sei denn, daß nach Ansicht des Stadtbauamts eine größere Entfernung eine Gefährdung der in dem Gebäude verkehrenden Personen mit Rücksicht auf dessen Benutzungs- und Bauart nicht wohl im Gefolge haben kann.

Wird hiernach in einem Gebäude die Anbringung mehrerer Treppen erforderlich, so sind dieselben auch dann herzurichten, wenn nach den folgenden Vorschriften (3—4) an sich eine Treppe genügen würde.

3. Gebäude mit nur einem Obergeschoße, sowie Einfamilienhäuser mit nicht mehr als einem Obergeschoße und einem Knie- bzw. Dachgeschoße bedürfen nur einer Treppe, die jedoch, wenn sie nicht aus unverbrennlichem Materiale besteht, entweder aus Tannenholz mit verputzter Unterficht oder aus Eichenholz hergestellt werden muß.

Falls aber in einem derartigen Gebäude eine Fabrik oder ein feuergefährliches Gewerbe betrieben wird, sind entweder mindestens zwei derartige Treppen oder eine unverbrennliche Treppe anzulegen.

4. Gebäude mit zwei und mehr Obergeschoßen müssen mindestens eine unverbrennliche Treppe erhalten, das- selbe gilt von solchen nicht zu den Einfamilienhäusern gehörenden Gebäuden, die zwar nur ein Obergeschoß, aber über diesem ein Dachgeschoß enthalten, in dem entweder mehrere Familien- wohnungen oder neben einer Familienwohnung mehrere zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume eingerichtet sind.

Gebäude mit mehr als vier Familienwohnungen in einem Geschoße müssen mindestens zwei Treppen erhalten.

5. Ueber die Anzahl, Lage und Konstruktion der Treppen, durch welche zur Aufnahme einer größeren Anzahl von Menschen bestimmte Räume zugänglich gemacht werden sollen, hat das Stadtbauamt von Fall zu Fall Entscheidung zu treffen. Dasselbe gilt von solchen Gebäuden, in denen größere Vorräte leicht brennbarer oder im Falle der Entzündung stark rauchender Vorräte aufbewahrt, oder in denen besonders feuergefährliche Einrichtungen vorgenommen werden.

6. Jede nach den vorstehenden Bestimmungen erforderliche Treppe muß mit dem Geschos, für welches sie bestimmt ist, unmittelbare Verbindung haben, sicher gangbar sein (siehe unten) und einschließlich der unmittelbar anliegenden, die Verbindung mit den einzelnen Geschossen vermittelnden Vorplätze und Fure in einem vom Tageslichte genügend erhellen Räume liegen, der mit mindestens 25 cm starken massiven und nur von den notwendigen Verbindungs- und Lichtöffnungen durchbrochenen Wänden und mit feuersicherer Decke versehen ist. Letztere kann zum Zwecke der Lüftung und Beleuchtung des Treppenhauses zwar durchbrochen werden, doch darf dadurch die Feuersicherheit des Treppenhauses nicht beeinträchtigt werden; auch ist Vorsorge zu treffen, daß im Falle einer Beschädigung der Oberlichte und Lüftungsanlagen die im Treppenhaus verkehrenden Personen durch herabfallende Teile, Glasscherben usw. nicht gefährdet werden.

Die Nutzbreite der Treppen in Gebäuden mit nur einem Obergeschosse, ohne Wohnungen im Dachgeschosse, hat mindestens 1 m zu betragen; für jedes vorhandene weitere Geschos und ebenso für das Dachgeschos, wenn dieses eine Wohngelegenheit oder mehrere zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume (z. B. Schlafstammern) enthält, ist dieses Mindestmaß für die ganze Treppenanlage um je 10 cm zu vergrößern. Für Treppen, die nach gänzlich unbewohnten Dachgeschossen führen, sowie für Kellertreppen, genügt eine nutzbare Breite von 0,75 m.

Werden die nach den Vorschriften dieses Paragraphen erforderlichen Treppen in Form von Wendeltreppen hergerichtet, so wird ihre Mindestnutzbreite vom Stadtbauamte bestimmt.

7. Als sicher gangbar gilt eine Treppe, wenn der Auftritt der Stufen mindestens 25 cm, die Steigung höchstens 20 cm beträgt.

Ein Wechsel in den Abmessungen von Auftritt oder Steigung ist innerhalb desselben Treppenlaufs unzulässig.

Wendelstufen (Schwungstufen) müssen, in der mittleren Steigungslinie gemessen, denselben Auftritt haben, wie die geraden Stufen.

Die Treppenläufe müssen, wenn sie zwischen Wänden liegen, mindestens an einer Seite mit Handläufern, sonst aber an jeder nicht an eine Wand stoßenden Seite mit Geländern versehen werden.

8. Die zur Verbindung der einzelnen Geschosse dienenden Treppenläufe sollen sich ohne Unterbrechung aneinander reihen.

Ein Absetzen ist nur dann zulässig, wenn dadurch die Zugänglichkeit der Räume der einzelnen Geschosse und insbesondere die Ausführung von Rettungsarbeiten im Falle der Feuergefährdung nicht erschwert wird.

Nur die zu einem Dachgeschosse führende Treppe kann ohne unmittelbaren Anschluß an den vorhergehenden Treppenlauf außerhalb des sogenannten Treppenhauses angebracht werden, sofern in dem Dachgeschosse zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume nicht vorhanden sind; der Raum, in dem eine solche Treppe angebracht wird, muß jedoch leicht auffindbar und die Treppe, sofern die Treppenläufe zwischen den unteren Geschossen feuersicher, gleichfalls aus unverbrennlichem Materiale gefertigt sein; ihre Nutzbreite braucht nicht mehr als 75 cm zu betragen.

9. Im Freien liegende, zu den oberen Geschossen eines Gebäudes führende hölzerne Treppen sind unzulässig, wenn sie den einzigen Zugang zu dem betreffenden Geschosse bilden.

Zu § 62 der Bauordnung.

§ 64.

Oberlichte.

1. Oberlichtschächte, welche einem Raume Licht unmittelbar durch die Decke zuführen, müssen von dem zu erhellenden Raume ab bis mindestens 25 cm über die Dachfläche mit unverbrennbaren Stoffen ummantelt werden.

2. Notwendige Öffnungen in diesen Ummantelungen können vom Stadtbauamte unter der Bedingung zugelassen werden, daß sie mit feuer- und möglichst rauchsicheren Türen versehen werden, deren Verschuß dauernd gesichert erscheint.

Als feuersicher im Sinne dieser Vorschrift sollen Türen aus Holz alsdann gelten, wenn sie mit einer Bekleidung aus mindestens 1 mm starkem Eisenblech versehen sind.

3. Für ausreichenden Luftwechsel in den Lichtschächten ist in einer die Feuersicherheit nicht beeinträchtigenden Weise Sorge zu tragen.

4. Die Glasdecke über dem Lichtschachte ist entweder aus Drahtglas herzustellen oder mit einem höchstens 0,03 m Maschenweite haltenden, starken, verzinkten oder anderweit gegen Verrosten gesicherten Drahtnetze zu unterspannen.

Zu § 63 der Bauordnung.

§ 65.

Wohnungen in Kellergeschossen.

In Räumen, welche zum Teil unter der Erdoberfläche liegen (Souterrains), dürfen Wohnungen nicht eingerichtet werden.

Abweichungen in einzelnen Fällen sind nach dem Ermessen des Stadtbauamts zulässig, wenn es sich um Einrichtung einzelner Wohnräume oder wenn es sich um Herstellung von Wohnungen in größeren monumentalen Bauten oder aber um Herstellung von solchen Räumen handelt, die behuf hauswirtschaftlicher oder gewerblicher Zwecke zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienen sollen. Es sind jedoch in jedem Falle die bezüglichen Räumlichkeiten so herzustellen, daß:

- 1) die lichte Höhe der Räume wenigstens 2,5 m beträgt,
- 2) der Fußboden nicht tiefer als 1,50 m unter die Oberfläche des das Gebäude umgebenden Erdbodens und mindestens 50 cm über den höchsten Grundwasserstand gelegt wird,
- 3) die Fenster mindestens eine Höhe von 1 m haben und der Fenstersturz mindestens 1 m über der Oberfläche des anstoßenden Grundes angebracht wird,
- 4) genügende Vorkehrungen gegen das Eindringen der Feuchtigkeit an den Fußböden und Seitenwänden getroffen werden (s. § 55²),
- 5) von jedem Räume der Kellerwohnung aus eine entweder in das Erdgeschoß oder ins Freie führende Treppe auf höchstens 25 m Entfernung erreichbar ist,

- 6) die Außenseiten der als Wohn- oder Schlafräume benutzten Gelfasse von dem das Gebäude umgebenden Erdrreiche durch einen Luftkanal oder offenen Raum in ganzer Ausdehnung getrennt find.

Zu § 64 der Bauordnung.

§ 66.

Dachwohnungen.

Wegen der in Dachgeschossen eingerichteten Wohnungen sowie einzelner in solchen belegener Wohn- und Schlafräume, Gefindekammern und sonstiger, zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmter Räume wird folgendes bestimmt:

1. Höhenlage.

Die vorstehend erwähnten Wohnungen und Einzelräume dürfen nur unmittelbar über dem obersten Stockwerke — niemals über dem Kehlgebälk — angelegt werden.

Mit Ausnahme der zu den unten liegenden Wohnungen gehörenden Gefindekammern dürfen überdies Dachwohnungen und die vorerwähnten Einzelräume nur in solchen Gebäuden eingerichtet werden, in denen zwischen dem Erdgeschoße und dem Dachgeschoße höchstens drei Geschosse (einschließlich sog. Zwischengeschoße) liegen.

2. Lichte Höhe.

Jeder zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Raum des Dachgeschosses muß mindestens über der Hälfte seiner Fußbodenfläche nicht nur eine lichte Höhe von 2,5 m, sondern auch eine gerade Decke haben.

Beträgt der Neigungswinkel des Daches mehr als 60 Grad oder sind senkrechte Dremmel von mindestens 1 m Höhe vorhanden, so ist es zulässig, die gerade Deckenfläche auf $\frac{1}{4}$ der Fußbodenfläche zu beschränken.

3. Decken-Konstruktion.

In jedem zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Raume des Dachgeschosses muß die Decke (einschließlich des schrägen Teiles) ausgewellert, verschal't und gepußt oder in anderer vom Stadtbauamte in feuer- und gesundheits-

polizeilicher Beziehung für gleichwertig erachteter Weise hergestellt werden.

4. Fenster-Anlage.

Jeder zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Raum eines Dachgeschosses muß hinreichend Luft und Licht durch unmittelbar ins Freie gehende Fenster erhalten, deren oberer Rand mindestens 1,5 m über dem Fußboden liegt, und deren Gesamt-Lichtfläche mindestens $\frac{1}{10}$ der Fußbodenfläche beträgt.

Uebrigens muß in jedem zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume mindestens eines der Fenster nach Größe und Konstruktion das bequeme Durchkommen eines erwachsenen Menschen gestatten, mithin bei andern als steilen Mansardendächern in der Regel senkrecht (nicht im Dache liegend) angebracht werden. Die Mindesthöhe eines solchen Fensters wird auf 1,10 m, die Mindestbreite auf 0,60 m festgesetzt.

5. Verbindung mit dem Treppenhause.

Der Zugang von dem Treppenhause zu den Dachwohnungen und den im Eingange dieses Paragraphen erwähnten Einzelräumen darf nicht über offenen Dachraum führen, ist vielmehr durch mindestens 1,20 m breite Gänge oder durch Vorplätze zu vermitteln, die hinsichtlich der Konstruktion der Decken und Wände sowie der Höhe den vorstehend unter 2 und 3 gegebenen Vorschriften entsprechen müssen, und für deren Beleuchtung und Lüftung die im § 68 für Treppen und Flure gegebenen Vorschriften maßgebend sind.

Zu § 66 der Bauordnung.

§ 67.

Höhe der zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienenden Räume.

Die Höhe der zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume aller Geschosse — mit Ausnahme des Kellergeschosses und des Dachgeschosses — muß vorbehaltlich der Bestimmung im § 66 Absatz 2 der Bauordnung zwischen

der Oberfläche des Fußbodens und der Unterfläche der Deckenbalken im Lichten mindestens 2,9 m betragen. Ueber die Höhe der Räume im Keller- und Dachwohnungen s. §§. 65 und 66.

Zu § 67 der Bauordnung.

§ 68.

Lichtöffnungen.

Alle für den dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Räume — zu denen im Sinne dieses Paragraphen auch Schlafräume, Arbeitsräume, Werkstätten, Koch- und Waschküchen, Geschäfts- und Versammlungsräume zu rechnen sind, sowie alle Badezimmer und Treppenhäuser — müssen Fenster erhalten. Die — im Lichten gemessene — Gesamtgröße der Fenster jedes Raumes muß wenigstens $\frac{1}{10}$ der Fußbodenfläche betragen. Bei Treppenhäusern wird die Berechnung für jedes Stockwerk gesondert bewirkt. Für Dachwohnungen gelten die Bestimmungen des § 66⁴, für Baubuden die des § 12.

Zu § 68 der Bauordnung.

§ 69.

Austrocknen der Räume.

Alle Räume, welche zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmt sind, dürfen erst dann gepuht werden, wenn seit Erteilung der Bescheinigung über die Abnahme des Rohbaues wenigstens 6 Wochen verstrichen sind.

§ 70.

Erlaubnis zum Bezuge der zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume.

Die Erlaubnis zum Bezuge der zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume (§ 68 der Bauordnung) soll erst nach völligem Austrocknen und in der Regel erst nach Ablauf von 6 Monaten seit Aushändigung der Bescheinigung über die Abnahme des Rohbaues erteilt werden.

Die Abkürzung dieser Frist ist zulässig.

Zu § 70 der Bauordnung.

§ 71.

Aeußeres der Gebäude.

Beim Verputzen und Anstreichen neuer und alter Gebäude und ebenso einzelner Bauteile dürfen Farben, welche der Gesundheit nachtheilig sind oder das Auge belästigen, nicht verwendet werden.

Nicht gefärbter Putz ist mit Anstrich zu versehen.

Bei zwei oder mehreren unter einem Dache vereinigten Gebäuden, die nach Außen als einheitliches Ganzes erscheinen, sollen Putz und Anstrich gleichartig angelegt und unterhalten werden. Bei mangelnder Einigung der Beteiligten entscheidet das Stadtbauamt.

Zu § 82 c der Bauordnung.

§ 72.

Stadtbauamt.

Für die Stadt Braunschweig wird ein Stadtbauamt errichtet. Dasselbe besteht aus 5 Personen und zwar:

- a. einem Mitgliede des Stadtmagistrats,
- b. einem Bauverständigen, welcher die Baumeisterprüfung bestanden hat,
- c. drei Stadtverordneten oder sonstigen hiesigen Bürgern.

Das Mitglied des Stadtmagistrats und den Bauverständigen bestimmt der Stadtmagistrat; der Bauverständige soll fest angestellter städtischer Baumeister sein.

Die unter c genannten drei Mitglieder und ebenso für jedes derselben ein Stellvertreter werden alle zwei Jahre von den Stadtverordneten gewählt. Die erstmalig Gewählten bleiben so lange im Amte, bis die übrigen Ausschüsse der Stadtverordneten-Versammlung neu gewählt werden. Personen, welche sich mit der Anfertigung von Bauplänen, mit der Ausführung von Bauten, mit der Herstellung oder Verarbeitung oder dem Vertriebe von Baumaterialien gewerbsmäßig beschäftigen, dürfen nicht Mitglieder des Stadtbauamts sein.

Dem Stadtbauamte wird das nötige Unterpersonal beigegeben.

§ 73.

Fortsetzung.

Den Vorsitz im Stadtbauamte führt das Mitglied des Stadtmagistrats, und beim Fehlen desselben das an Lebensjahren älteste Mitglied des Stadtbauamts; der im § 72 unter b erwähnte Bauverständige ist ständiger technischer Referent.

Zur Fassung gültiger Beschlüsse ist die Anwesenheit von wenigstens drei Mitgliedern, unter denen sich entweder der Vorsitzende oder das bauverständige Mitglied befinden soll, erforderlich.

Die Entscheidung erfolgt nach einfacher Mehrheit aller abgegebenen Stimmen; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Ablehnende Entscheidungen sind mit Gründen zu versehen.

Die Erlasse des Stadtbauamts werden entweder vom Vorsitzenden oder von dem bauverständigen Mitgliede unterzeichnet; sie sind spätestens 14 Tage nach erfolgter Beschlufsfassung auszufertigen.

Die regelmäßigen Sitzungen des Stadtbauamts finden alle 14 Tage statt; außerordentliche werden nach Bedarf vom Vorsitzenden anberaumt.

§ 74.

Fortsetzung.

Abgesehen von der ihm durch die Bauordnung zugewiesenen Tätigkeit hat sich das Stadtbauamt über die Vorschläge der städtischen Bauverwaltung betreffend die Ausgestaltung des Ortsbauplanes gutachtlich zu äußern und außerdem überall da, wo ein Bedürfnis oder geeigneter Anlaß zur Erweiterung oder Abänderung des Ortsbauplanes oder zur Regulierung oder Verbreiterung bestehender Straßen und Plätze vorliegt, sachdienliche Anträge an den Stadtmagistrat zu richten.

Auch über sonstige städtische Angelegenheiten hat sich das Stadtbauamt auf Ersuchen des Stadtmagistrats gutachtlich zu äußern und in baupolizeilichen Angelegenheiten an dasselbe ergehenden Ersuchen anderer Behörden Folge zu leisten.

Im übrigen ist dasselbe eine selbständige Behörde; seine Mitglieder haben bei den Abstimmungen ihre Stimme nach pflichtmäßigem Ermessen und gewissenhafter Ueberzeugung ab-

zugeben und sind an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

Das Dienstverhältnis derjenigen Mitglieder des Stadtbauamts, welche städtische Beamte sind, wird durch diese Vorschrift nicht geändert.

Zu § 84 der Bauordnung.

§ 75.

Zuständigkeit des bauverständigen Mitgliedes des Stadtbauamts.

Das bauverständige Mitglied des Stadtbauamts ist zuständig:

- 1) in Ansehung aller Geschäfte, welche in Orten, wo kein Stadtbauamt besteht, die Baukommission zu erledigen hat (vergl. § 83^{II} und § 89 der Bauordnung und §§ 8—13 dieses Statuts),
- 2) zur Prüfung und Entscheidung der Frage, ob ein zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmter Raum in Benutzung genommen werden kann (vergl. § 70),
- 3) zur Genehmigung von Feuerstätten,
- 4) zur Genehmigung von Einfriedigungen,
- 5) zur Abnahme des fertigen Baues und Ausstellung der einzelnen Abnahmebescheinigungen.

Zu den §§ 89 und 91 der Bauordnung.

§ 76.

Bauanträge.

1. Anträge auf baupolizeiliche Genehmigung von Bauten sind entweder schriftlich beim Stadtbauamte einzureichen oder im Geschäftszimmer desselben zu Protokoll zu geben; die das Bauprojekt veranschaulichenden Vorlagen sind dabei in doppelter Ausfertigung einzureichen.

Bei umfangreichen und schwierigeren Bauten kann außerdem die Einreichung einer genauen Beschreibung verlangt werden.

2. Spätestens bei der behördlichen Besichtigung des Baugrundes (vergl. § 78¹) ist diejenige Person dem Stadtbauamte

zu bezeichnen, durch welche die Maurerarbeiten ausgeführt werden sollen.

3. In allen Fällen, in denen das Stadtbauamt den Nachweis der Tragfähigkeit eines Gebäudeteiles für erforderlich erklärt, sind statische Berechnungen in übersichtlicher, revisionsfähiger Form (links Skizzen, rechts Berechnungen) aufzustellen und in doppelter Ausfertigung einzureichen.

§ 77.

Bauborlagen.

In Ergänzung der durch § 89 der Bauordnung und durch § 37 der Ausführungsvorschriften gegebenen Bestimmungen wird in Ansehung der Bauborlagen folgendes vorgeschrieben:

A. Allgemeines.

Alle Bauzeichnungen (einschließlich der Detailzeichnungen) und Lagepläne sind auf Kopierleinwand oder auf mit Leinwand unterzogenem oder auf dauerhaftem (nicht brüchigem) Papier zur Darstellung zu bringen.

Die zu einem Projekte gehörigen Einzelvorlagen sind auf der Rückseite mit I bezw. II (I. und II. Ausfertigung) und daneben mit fortlaufenden arabischen Ziffern und kurzer Inhaltsangabe zu versehen (I Nr. 1 Lageplan; II Nr. 6 Dachgeschoß).

B. Bauzeichnungen.

Auf den Bauzeichnungen (§ 37 der Ausführungs-Bestimmungen) ist der in Gemäßheit des § 81 dieses Statuts berechnete Rauminhalt des herzustellenden Bauwerks bezw. der einer baulichen Aenderung zu unterziehenden Räume anzugeben; gehören zu einem Projekte mehrere einzelne Bauzeichnungen, so ist die Angabe des Rauminhalts auf demjenigen Blatte zu machen, auf dem das Erdgeschoß dargestellt ist.

C. Detailzeichnungen.

Detailzeichnungen sind in allen denjenigen Fällen einzureichen, in denen solches vom Stadtbauamte für erforderlich erachtet und vorgeschrieben wird.

D. Lagepläne.

Die Lagepläne müssen der Vorschrift im § 37 B der Anweisung zur Ausführung der Bauordnung entsprechen und daneben Aufschluss geben:

- a. über die Größe des ganzen Grundstücks unter Berücksichtigung der sich etwa infolge Durchführung des Ortsbauplanes ergebenden Aenderungen;
- b. über die Größe der bereits bebauten bzw. der in Gemäßheit des vorgelegten Projekts zu bebauenden Grundstücksteile;
- c. über die Größe des bebaubaren Teiles des Grundstücks, wobei diejenigen Flächen, welche in Gemäßheit der §§ 27 und 29 c der Bauordnung nicht bebaut werden dürfen, auf dem Plane unter Eintragung der Maße besonders kenntlich zu machen sind;
- d. über solche Zufahrten, durch welche die Zugänglichkeit des Grundstücks von einer Straße aus bewirkt wird (§§ 4—6 dieses Statuts).

Zu § 96 der Bauordnung.

§ 78.

Beaufsichtigung der Bauausführung.

Abgesehen von der durch das Gesetz vorgeschriebenen Abnahme des vollendeten Bauwerks und der durch dieses Statut bedingten Einzelrevisionen (§§ 10, 11 und 12) sollen während des Baues Revisionen stattfinden:

- 1) nach Ausschachtung des Baugrundes;
- 2) nach Fertigstellung der Grundmauern;
- 3) nach Herstellung des Kellermauerwerks und Ansetzung der ersten Sockelschicht;
- 4) nach Vollendung des Rohbaues.

Sobald einer der vorstehend bezeichneten Abschnitte der Bauarbeit vollendet ist, muß dem Stadtbauamte entsprechende schriftliche Anzeige erstattet werden.

Bei schwierigen und umfangreichen Bauten kann das Stadtbauamt die Vornahme außerordentlicher Revisionen vorbehalten, worüber das Nähere von Fall zu Fall im Baubescheide zu bestimmen ist.

Spätestens am 3. Tage nach Eingang der Anzeige soll die Revision erfolgen.

Ergeben sich bei der Revision keine Bedenken, so hat der revidierende Baubeamte sofort eine bezügliche Bescheinigung auszustellen; erfolgt dagegen eine Beanstandung, so hat das bauverständige Mitglied des Stadtbauamts anzuordnen, was zur Beseitigung der vorgefundenen Mängel zu geschehen habe, und kann gegebenenfalls die Fortsetzung der Bauarbeit untersagen.

Die in diesem Paragraphen erwähnten Anzeigen sind vom Bauherrn oder seinem dem Stadtbauamte gegenüber schriftlich bevollmächtigten Vertreter zu erstatten.

§ 79.

Fortsetzung.

Den mit der Revision betrauten Personen muß der ungehinderte Zutritt zur Baustelle gewährt werden, auch ist die Zugänglichkeit des Bauwerks in seinen einzelnen Teilen durch geeignete Vorkehrungen zu sichern.

Der Baubescheid, sämtliche Bauzeichnungen und Pläne und die Berechnungen der Trage-Konstruktionen müssen zur Einsicht für den revidierenden Baubeamten auf der Baustelle bereit gehalten werden. Der Bauherr hat auf Aufforderung für die Anwesenheit der verantwortlichen Unternehmer oder deren Stellvertreter bei der Revision zu sorgen.

Bei Nichtbefolgung der vorstehenden Vorschriften wird auf Kosten des Bauherrn ein neuer Revisionstermin anberaumt; verläuft auch dieser infolge Verschuldens des Bauherrn fruchtlos, so kann das Stadtbauamt einstweilen die Fortsetzung der Bauarbeit untersagen.

Zu § 97 der Bauordnung.

§ 80.

Gebühren in Bau Sachen.

Für Prüfung der Baupläne, Absteckung der Fluchtlinien, Angabe der Höhenlage und Revisionen der Bauten werden Gebühren wie folgt erhoben:

- I. beim Neubau von Gebäuden untergeordneter Bedeutung,
- z. B. von Stallgebäuden, Waschküchen, Scheunen,

Schuppen, Gewächshäusern, Regalbahnen, Verbindungshallen und dergl. sowie von hallenartigen Gebäuden einfachster Konstruktion:

für je 100 kbm Rauminhalt . . 1 M,
jedoch mindestens 5 M;

- II. beim Neubau aller sonstigen Gebäude mit Einschluß der Katakomben und sonstigen selbständigen Kelleranlagen:

für je 100 kbm Rauminhalt . . 1 M,
jedoch mindestens 20 M;

- III. bei genehmigungspflichtigen Reparatur- und Umbauten dieselben Einheits- und Mindestsätze wie unter I, jedoch mit der Maßgabe, daß bei Berechnung des Rauminhalts nur diejenigen Räume berücksichtigt werden, deren bauliche Veränderung bezw. Instandsetzung beabsichtigt wird.

In den Fällen unter I bis III bleibt die ein volles Hundert übersteigende Zahl von Kubikmetern außer Ansatz, wenn sie weniger als 50 beträgt; andernfalls wird der Teilbetrag einem vollen Hundert gleich berechnet. Umfaßt ein Projekt mehrere Bauwerke, so ist der gesamte Rauminhalt der letzteren für die Berechnung der Gebühr maßgebend, und nur der Gesamtinhalt wird in vorstehend gedachter Weise abgerundet. Dasselbe gilt für den Fall, daß bei Ausbesserungsarbeiten und Umbauten mehrere Einzelräume einer baulichen Aenderung unterzogen werden.

- IV. Bei allen sonstigen baulichen Herstellungen, welche der baupolizeilichen Genehmigung unterliegen, 2—10 M.

Die Prüfung und Revision der Feuerstätten erfolgt jedoch gebührenfrei.

- V. Für Nachtragsprojekte, welche von den ursprünglichen Projekten wesentlich abweichen, werden Gebühren nach gleichen Grundsätzen wie für die ursprünglichen Projekte erhoben, jedoch mit der Maßgabe, daß bei Berechnung des Rauminhalts nur diejenigen Räume berücksichtigt werden, welche anders, als im ursprünglichen Projekte vorgesehen, hergerichtet werden sollen.

Umfaßt das Nachtragsprojekt lediglich eine Aenderung der Fassade, so wird hierfür eine feste Gebühr von 5 M erhoben.

- VI. Für jede Verlängerung der Baugenehmigung (Bauordnung § 95) 5 M.
- VII. Für Vermerkung eines Bauantrages wird $\frac{1}{5}$ der Sätze unter I—VI erhoben.
- VIII. Außer den vorstehenden Sätzen wird für jede vom Bauherrn geforderte, durch die gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften nicht bedingte, bezw. vom Stadtbauamte nicht vorgeschriebene, gesonderte Revision oder Abnahme des ganzen Bauwerks oder einzelner Bauteile, imgleichen für jeden durch Verschulden des Bauherrn fruchtlos verlaufenen Revisions- oder Abnahmetermin eine Gebühr von 5 M. erhoben.

§ 81.

Berechnung der Gebühren in Bau Sachen.

Bei Ermittlung des im § 80 gedachten und nach § 77 B auf der Bauzeichnung anzugebenden Rauminhalts ist nach folgenden Grundsätzen zu verfahren:

- 1) Jedes selbständige Gebäude ist für sich zu berechnen.
- 2) Die Ermittlung des Rauminhalts der Gebäude erfolgt unter Zugrundelegung des Flächeninhalts der bebauten Grundfläche, d. h. einer in Höhe der Erdoberfläche quer durch das Gebäude gelegten horizontalen Ebene einerseits und der Höhe des Gebäudes andererseits. Die Höhe soll gemessen werden von der Oberkante des Kellerfußbodens bezw., wenn kein Keller vorhanden, von der Oberkante des Fußbodens im Erdgeschoß bis zur Oberkante des Hauptgesimses und, wenn dieses fehlt, bis zu der Oberkante der Umfassungswände; Zierteile, Dachaufbauten, Erker und Balkone bleiben in diesem Falle unberücksichtigt.
- 3) Haben die einzelnen Teile eines Gebäudes verschiedene Höhen, so ist eine Durchschnittsberechnung nicht zulässig.
- 4) Ist der Rauminhalt einzelner Räume für die Bemessung der Gebühr maßgebend (§ 80 III), so sind diese Räume gesondert unter Berücksichtigung der Grundfläche einerseits und der Höhe — bei Dachgeschossen der halben Höhe — andererseits zu berechnen.

§ 82.

Gebühren für Prüfung elektrischer Anlagen.

A. Für Prüfung elektrischer Neuanlagen und Ergänzungsanlagen werden erhoben:

I. Für Prüfung elektrischer Beleuchtungsanlagen:

bei Anlagen mit 50 oder weniger Glühlampen 1—5 M.

Die Gebühr von 5 M erhöht sich:

a.	bei Anlagen mit	51—300	Glühlampen	um	9	§	für jede
b.	"	"	301—600	"	8	"	die Zahl
c.	"	"	601—1000	"	7	"	von 50
d.	"	"	1001—1500	"	6	"	über-
e.	"	"	1501—2000	"	5	"	steigende
							Lampe.

Jede Bogenlampe wird 10 Glühlampen gleich gerechnet.

II. Für Prüfung einer Dynamomaschine einschließlich Schaltanlage und Anschluß je nach Größe 10—25 M

III. Für Prüfung eines Elektromotors (einschließlich Anschluß) 3 M

IV. Für Prüfung einer Akkumulatorenbatterie 4 M

V. Für Prüfung elektrischer Aufzüge, Fahrstühle und sonstiger unter I—IV nicht erwähneter Anlagen je nach der Größe der Anlage und dem durch die Prüfung bedingten Zeitaufwand 1—30 M.

B. Für die Prüfungen nach § 61 Ziffer 2 werden Gebühren nach dem Umfange der Untersuchung bis zu den Höchstsätzen unter A erhoben.

§ 83.

Einziehung der Gebühren.

Die vom Stadtbauamte festgesetzte Gebühr ist bei und gegen Aushändigung des Bescheides bzw. der Verfügung des Stadtbauamts zu erlegen; sie kann gleich den öffentlichen Abgaben zwangsweise eingezogen werden.

§ 84.

Strafen.

Zumiderhandlungen gegen die baupolizeilichen Vorschriften dieses Statuts ziehen für die Bauherren, Bauunternehmer,

Baumeister und Bauhandwerker — soweit nicht im Einzelfalle die Strafvorschriften der Bauordnung bezw. des Reichs-Strafgesetzbuches Platz greifen — Geldstrafen bis zu 60 M oder Haftstrafen bis zu 14 Tagen nach sich.

§ 85.

Schluß- und Uebergangs-Bestimmungen.

Das Ortsbaustatut für die Stadt Braunschweig Nr. 38 vom 27. Dezember 1883, soweit dasselbe noch in Geltung ist, das Statut Nr. 42 a vom 18. März 1891 (betr. anderweite Feststellung des Baugrundes) und die Vorschrift im § 6 Abs. 5 des Statuts, die Entwässerung der Stadt Braunschweig betreffend vom 14. März 1888, werden aufgehoben.

Vorstehendes Statut wird, nachdem dasselbe vom Herzoglichen Staatsministerium zufolge Reskripts Nr. 5521 C vom 1. Dezember 1905 genehmigt worden, damit veröffentlicht.

Braunschweig, den 8. Dezember 1905.

Der Stadtmagistrat.

Retemeyer.

Aug. Haake. Heymann. Meyer. Ramdohr.

H. von Frankenberg. Friedr. Seele. Wagner.

Bruno Lange.

Anlage H

(zu § 1 des Ortsbaustatuts für die
Stadt Braunschweig).

Zu dem Baugrunde der Stadt Braunschweig gehören:

- A. Das innerhalb der äußeren Umflutgräben belegene Gebiet.
- B. Die nachbenannten Teile des außerhalb der Umflutgräben belegenen städtischen Gebiets:

I. Im westlichen Bezirke:

1. Die ganze Grundfläche, welche begrenzt wird:
im Osten:

durch die Oker und den westlichen Umflutgraben;

im Norden:

- a. zwischen der Oker und der Cellerstraße durch die nördliche Grenze der Landeseisenbahn,
- b. zwischen der Cellerstraße und der Roßstraße durch die südliche Begrenzung der Feldmark Delper und deren gerade Verlängerung bis zur Roßstraße;

im Nordwesten:

zwischen der Abzweigung des Weges Nr. 203 a Blatt III der Feldmark Neupetritor aus der Roßstraße und dem Graben Nr. 153 Blatt I der Feldmark Altpetritor durch die Feldmark Lehn Dorf;

im Westen:

- a. zwischen der Feldmark Lehn Dorf und der Kreuzstraße durch den Graben Nr. 153 Blatt I der Feldmark Altpetritor, die Rälberwiese bezw. den projektierten Straßenzug Nr. 356, die Wege Nr. 145 und 144 Blatt II der Feldmark Altpetritor bezw. die projektierten Straßenzüge Nr. 344, 345, 346 und 347,
- b. zwischen der Kreuzstraße bezw. deren Verlängerung und dem Matamenweg durch den Graben Nr. 157 Blatt II der Feldmark Altpetritor,

- c. zwischen dem Madamenweg und der Broihemerstraße durch die projektierten Straßenzüge Nr. 400, 401, 402, 403, 404 und 405;

im Südwesten:

zwischen der Broihemerstraße und dem Wege Nr. 39 Blatt V der Feldmark Wilhelmstor (verlängerte Arndtstraße) durch die Feldmark Broihem;

im Süden:

zwischen dem Wege Nr. 39 Blatt V der Feldmark Wilhelmstor und der Oker durch die Feldmark Rüningen.

Ueber das unter I¹ gedachte Gebiet hinaus noch die Ländereien an nachfolgenden Straßen, jedoch nur bis zu einer Tiefe von 75 m:

2. Die Ostseite der Gellerstraße zwischen der Landeseisenbahn und der Feldmark Delper.
3. Die Ost- und Nordseite der Roßstraße zwischen der Landeseisenbahn und der Abzweigung des Weges Nr. 203 a Blatt II der Feldmark Neupetritor.
4. Die Nordseite der Kreuzstraße bis zum Wege Nr. 138 Blatt II der Feldmark Altpetritor.
5. Die Südseite des Madamenweges bis zum Graben Nr. 115 Blatt II der Feldmark Hohetor.
6. Die Westseite der projektierten Straßenzüge Nr. 400, 401, 402, 403, 404 und 405.
7. Die Nordwestseite der Broihemerstraße bis zur Feldmark Broihem.

II. Im östlichen Bezirke:

1. Die ganze Grundfläche, welche begrenzt wird:

im Westen:

durch die Oker und die östlichen Umslutgraben;

im Süden:

- a. zwischen der Oker und der Wolfenbüttelerstraße durch die Feldmarksgrenze,
- b. östlich der Wolfenbüttelerstraße: durch den südlich des großen Weinberges belegenen Graben Nr. 56 Bl. VI der Feldmark Altwief und den Graben Nr. 31 Bl. X daselbst,
- c. östlich der Salzdhumerstraße: durch den Weg Nr. 175 Bl. VII der Feldmark Altwief an der Nordseite des

Gr. Ererzierplatzes und von dem Punkte an, wo sich dieser Weg nach Norden wendet, durch eine gerade in östlicher Richtung verlaufende Linie bis an den Rautheimer Weg, da, wo an dessen Südseite die Braunschweiger und Rautheimer Feldmark an einander grenzen;

im Osten:

vom östlichen Endpunkte der unter c gedachten Linie durch die Grenze des Stadtgebietes gegen die Feldmarken von Rautheim, Riddagshausen und Gliesmarode bis zur Gliesmaroderstraße; nördlich von dieser durch die III. Langenkampswete bis zu deren Einmündung in den Querumerweg;

im Norden:

durch eine Linie, die am Zusammenstoße der III. Langenkampswete und des Querumerweges beginnt und so in gerader Richtung nach Westen bis zur Oker verläuft, daß sie mit der Nordgrenze des Weges Nr. 152 Bl. V der Feldmark Hagen (an der Nordseite des hintersten Weinberges) zusammenfällt.

Ueber das unter II¹ gedachte Gebiet hinausgehend:

2. Das Terrain an der Ostseite der Wolfenbüttelerstraße zwischen dem Graben Nr. 56 Bl. VI der Feldmark Altwiet und der Feldmark Melverode bis zu einer Tiefe von 75 m.
 3. Das Terrain an der Nordseite der Gliesmaroderstraße zwischen der III. Langenkampswete und der östlichen Grenze des städtischen Gebietes, indessen nur bis zu einer Tiefe von 75 m.
 4. Das Terrain an der Ostseite der III. Langenkampswete bis zu 75 m Tiefe.
 5. Beide Seiten der Hamburgerstraße bis zur Grenze des städtischen Gebietes in einer Tiefe von je 75 m.
-

Anlage B

(zu § 46 des Ortsbaustatuts für die
Stadt Braunschweig).

I. Eigengewicht der Baustoffe.

Nr.		kg für 1 kbm
1.	Ziegelmauerwerk	1600
2.	Ziegelmauerwerk aus porösen Steinen oder Lochsteinen)	1300
3.	Mauerwerk aus Schwemmsteinen	850
4.	" " Kalkstein	2500
5.	" " Sandstein	2400
6.	Beton, je nach der Zusammensetzung	1800—2200
7.	Basalt	3200
8.	Granit, Marmor	2700
9.	Asphalt	1500
10.	Gipsguß	1000
11.	Erde, Lehm, Sand, Schutt, trocken	1600
12.	" " " naß	1860
13.	"Schlacken" oder "Kotzasche"	600
14.	Kies	1800
15.	Nadelholz	650
16.	Eichenholz	800
17.	Guß Eisen	7200
18.	Schweiß Eisen	7800
19.	Fluß Eisen	7850
20.	Glas	2600

II. Eigengewicht von Zwischendecken.

Nr.		kg für 1 qm
a. Balkendecken.		
1.	Balkenlage mit einfacher Dielung	100
2.	"Schalung" Holzfußboden, Decken- schalung und Putz	200
3.	Balkenlage mit halbem Windelboden, Holz- fußboden, Deckenschalung und Putz . .	250
4.	Balkenlage wie unter 3, jedoch mit Gips- estrich statt des Holzfußbodens . . .	340
b. Gewölbedecken.		
Bemerkung: Die unter 5—11 er- wähnten Gewichte verstehen sich ohne Ge- wicht der eisernen Träger — Stich der Gewölbekappen = $\frac{1}{8}$ — Verfüllung mit Sand oder Koksasche einschließlich Hinter- mauerung bis zum Scheitel.		
Dielung 3,5 cm stark auf Lagerhölzer von $\frac{10}{10}$ cm. — Bei Verfüllung des Raumes zwischen den Lagerhölzern erhöht sich die Belastung gegen die angegebene um 140 kg pro qm.		
5.	Breußische Kappe bis 2,0 m Weite, $\frac{1}{2}$ Stein stark aus Vollsteinen	370
6.	desgleichen bis 2,0 m Weite, $\frac{1}{2}$ Stein stark aus porösen oder Lochsteinen . .	310
7.	desgleichen bis 2,0 m Weite, $\frac{1}{2}$ Stein stark aus Schwemmsteinen	260
8.	desgleichen 2—3 m Weite, $\frac{1}{2}$ Stein stark aus Vollsteinen	440
9.	desgleichen 2—3 m Weite, $\frac{1}{2}$ Stein stark aus porösen oder Lochsteinen	380
10.	desgleichen 2—3 m Weite, $\frac{1}{2}$ Stein stark aus Schwemmsteinen	330
11.	Kappe aus Zementbeton bis 1,50 m Spannweite	370

III. Eigengewicht von Dächern.

Nr.		kg für 1 qm
a. Gewicht des Daches einschließlich Konstruktion.		
1.	Zinkblechdach auf Schalung	40
2.	Pappdach	30
3.	Hohlziegeldach	130
4.	Doppeltes Ziegeldach	120
5.	Einfaches Ziegeldach	100
6.	Schieferdach	75
7.	Falzziegeldach	110
b. Gewicht des Daches, gemessen in der Horizontal-Projektion einschließlich Schnee- und Winddruck.		
Bemerkung: Winddruck senkrecht zur Windrichtung = 125 kg pro qm, Schneelast = 100 kg pro qm.		
1.	Einfaches Ziegeldach bei einem Neigungsverhältnisse von 1:4	220
2.	Einfaches Ziegeldach bei einem Neigungsverhältnisse von 1:3	230
3.	Einfaches Ziegeldach bei einem Neigungsverhältnisse von 1:2	260
4.	Schieferdach bei einem Neigungsverhältnisse von 1:5	180
5.	Schieferdach bei einem Neigungsverhältnisse von 1:4	190
6.	Schieferdach bei einem Neigungsverhältnisse von 1:3	210
7.	Schieferdach bei einem Neigungsverhältnisse von 1:2	240
8.	Metall- oder Glasdach bei einem Neigungsverhältnisse von 1:8 bis 1:10	135
9.	Metall- oder Glasdach bei einem Neigungsverhältnisse von 1:7 bis 1:6	140

Nr.		kg für 1 qm
10.	Metall- oder Glasdach bei einem Neigungs- verhältnisse von 1:5	150
11.	Metall- oder Glasdach bei einem Neigungs- verhältnisse von 1:4	160
12.	Metall- oder Glasdach bei einem Neigungs- verhältnisse von 1:3	170
13.	Metall- oder Glasdach bei einem Neigungs- verhältnisse von 1:2	200
14.	Holzementdach	350
15.	Steile Mansardendächer aus Metall oder Schiefer	400

IV. Eigengewicht einiger zum Lagern geeigneter Stoffe.

Nr.		kg für 1 kbm
1.	Heu und Stroh	100
2.	Weizen	760
3.	Roggen	680
4.	Gerste groß	650
	klein	510
5.	Hafer	430
6.	Erbſen, Bohnen, Linſen	850
7.	Torf	600
8.	Braunkohlen	650
9.	Steinkohlen	900
10.	Koks	450
11.	Eis	910
12.	Konſerven in Büchſen	800
13.	Altſen, Bücher uſw. in Gerüſten und Schränken	500
14.	Mehl	700
15.	Hirſe	850
16.	Rüb- und Leinſaat	650

Nr.		kg für 1 kbm
17.	Kartoffeln	700
18.	Zucker	750
19.	Holz	600—800
20.	Salz	800
21.	Zement, je nach Lagerungsdichte	1350—2000
Bemerkung: Findet bei den unter 14—21 genannten Materialien Lagerung in Säcken statt, so sind von den Angaben 0,75 bis 0,85 %, bei Zucker jedoch etwa 1,1 % zu rechnen.		

V. Auflasten von Zwischendecken.

Nr.		kg für 1 qm
1.	Wohnräume	250
2.	Versammlungsräume (Menschengebränge) .	400
3.	Tanzsäle	500
4.	Fabrikräume	zum Nachweis; jedoch mindestens 600
5.	Lagerräume	
6.	Speicher	zum Nachweis; mindestens jedoch 400
7.	Werktätten	
8.	Treppen	500
9.	Decken unter Durchfahrten und befahrbaren Höfen, wenn nicht größere Einzellasten (z. B. Raddruck) zu berücksichtigen sind, mindestens	800

VI. Zulässige Beanspruchung der Baustoffe.

Nr.		kg für 1 qzm		
		auf Zug	auf Druck	auf Ab- sicherung
1.	Flußeisen Bemerkung: Bei den Gliedern genau berechneter, zusammengesetzter Konstruktionsysteme, sowie auch bei allen Trägern, deren volle freie Spannweite, von Auflagermitte zu Auflagermitte gemessen, in Rechnung gestellt wird, kann gerechnet werden	875	875	600
2.	Schmiedeeisen	1000	1000	600
3.	Guß Eisen	750	750	600
4.	Bombirtes Wellblech	250	500	200
5.	Eisendraht	500	500	
6.	Eisendraht	1200		
7.	Gußstahl, gehärtet	3000	3000	2200
8.	Eichen- und Buchenholz	100	80	20
9.	Kiefernholz	100	60	10
10.	Tannenholz	60	50	10
11.	Granit		45	
12.	Basaltlava, Niedermendiger		40	
13.	Basalt		75	
14.	Sandstein, je nach Härte		15–30	
15.	Marmor und guter Kalkstein in Quadern		25	
16.	Glas		75	
17.	Ziegelmauerwerk in Kalkmörtel, gewöhnliches		7	
18.	Gutes Ziegelmauerwerk in Zementmörtel		11	
19.	Bestes Klinkermauerwerk in Zementmörtel		12–14	
20.	Kalksteinmauerwerk in Kalkmörtel		5	
21.	Mauerwerk aus porösen Steinen, je nach Festigkeit		3–6	
22.	Guter Baugrund		2, ⁵	

Ortsbaustatut

für die Stadt Braunschweig.

Alphabetisches Inhaltsverzeichnis.

Inhaltsangabe	Paragraphen
A.	
Abbrucharbeiten	10 u. 13
Abfallröhren der Aborte	41
Abfallrohre zur Ableitung des Dachwassers	38
Ableitung des Dachwassers	38
Abnahmebescheinigungen	78
Aborte	11
Aborte	39, 40, 41
Aborte, deren Erhellung und Lüftung bei stärkerer Be- bauung	25
Abortsgruben	42
Abschlüsse der Gasleitungen	59 Nr. 6
Abstände (Bauen in Abständen)	16
Abstände (bei geschlossener Bauweise)	16
Abstände zwischen Gebäuden (rechtwinklige Stellung zur Straßenflucht)	14
Änderung der Fluchtlinie (Einfluß auf die Gebäudehöhe)	21
Äußeres der Gebäude	71
Altane (innerhalb von Vorgärten)	34
Anlage, lästige, an bestimmten Straßen unzulässig	44
Anlagen, öffentliche (Einfriedigung derselben)	45
Anlagen, Schutz solcher, die dem Gemeinwohl dienen	13
Anstreichen der Gebäude	71
Anstrich der Einfriedigungen	45

Inhaltsangabe	Paragrafen
Arbeitsräume (Zuführung von Licht und Luft) . . .	28
Art der Gebäude an Straßen und Plätzen . . .	14
Aufschlagen von Türen, Toren, Läden, Fenstern usw. nach außen	37
Aufzüge	61 Nr. 6
Ausladung des Hauptgesimses	19
Ausmauerung der Wandfächer	52 B
Austrocknen der zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienenden Räume	69, 70
Außenflächen, Sicherung derselben	52 B
Außenstadt (Höhe der Gebäude)	17
Außenwände	52
B.	
Bäckereien, kleinere, gehören nicht zu den lästigen Anlagen	44 Nr. 4
Bänder, Stärke derselben bei Umfangswänden . . .	52 B
Bäume, Schutz derselben	13
Balkone	58
Balkone (Hervortreten über die Straßensucht) . . .	32 II
Balkone (Hervortreten über die Straßensucht) . . .	33
Balkone (innerhalb von Vorgärten)	34
Bauanträge	76
Bauausführung, Beaufsichtigung derselben . . .	78
Baubefehle	73
Baubuden	12
Bauen an nicht befestigten Straßen	5
Bauen außerhalb des Baugrundes	1 Nr. 2 u. § 6
Bauen innerhalb des Baugrundes	4 u. 5
Baugerüste auf Straßen	8 Nr. 2 u. § 9
Baugrund (Bauen außerhalb desselben)	1 Nr. 2 u. § 6
Baugrund (Bauen innerhalb desselben)	4 u. 5
Baugrund, Belastung desselben	46
Baugrund, Beschädigung desselben nach erfolgter Aus- schachtung	78 Nr. 1
Baugrund (Gebiet desselben)	1 Nr. 1
Baugrund, Zugänglichkeit der Grundstücke innerhalb desselben	4

Inhaltsangabe	Paragrafen
Baukonstruktionsteile, Belastung derselben	46
Baulinie, Zurücktreten der Gebäude hinter dieselbe. . . .	2
Bauprojekte	76
Baurevisionen	78, 79
Baustelle, Zutritt zu derselben	79
Baustoffe, Beanspruchung derselben	46
Bauteile, vortretende, auf Höfen (beschränkt zulässig) . .	24
Bauve ständige Mitglied des Stadtbauamts (Zu- ständigkeit)	75
Bauvorlagen	77
Bauweise, offene und geschlossene	16
Bauzäune auf Straßen.	8 Nr. 2 u. § 9
Bauzeichnungen	77 B
Beanspruchung der Baustoffe.	46
Beaufsichtigung der Bauausführung	78
Bebauung, zulässige (Umfang)	25
Bedeckte Gänge.	58
Behau, aus Ziegeln, Schiefer und dergl.	52 B
Belastung des Baugrundes	46
Belichtung der Baugerüste und Bauzäune	9
Bescheide des Stadtbauamts.	73
Beseitigung unschöner Gebäudereste und unvollendeter Gebäude.	7
Beziehen der zum dauernden Aufenthalt von Menschen dienenden Räume	70
Bisableiter	62
Böschwände	51
Brandmauern	53 Nr. 4
Bretterverchalung	52 B
Bretterwände	54 Nr. 3
Prießkästen, Schutz derselben	13
Brunnen	47
Brunnen, Schutz derselben	13
2.	
Dachgesimse (Hervortreten über die Straßenflucht) . .	32 I
Dachwasser, Ableitung desselben	38

Inhaltsangabe	Paragraphen
Dachwohnungen	66
Dachwohnungen, Zugang zu denselben vom Treppenhause	66 Nr. 5
Dächer (Höhenberechnung)	20
Dampfschornsteine	17
Decken, Konstruktion derselben	55
Deckenkonstruktion in Dachwohnungen	66 Nr. 3
Detailzeichnungen	77 C
Dünste (Ausschließung lästiger Anlagen)	44
Durchfahrten	26
Durchgänge	26
E.	
Eigentum, Schutz desselben	13
Einfallswinkel (Zuführung von Licht und Luft)	28
Einfriedigungen an Straßen	45
Einfriedigung von Zwischenräumen	16
Einstöckige Wohnhäuser	15
Einzelne Bauteile, deren Hervortreten über die Straßen- flucht	32
Einziehung der Gebühren	83
Eisenkonstruktionen	49
Eisenstäbe über Kellerlichtschächten	36
Eiserne Fachwerksbauten	49
Eiserne Träger	53 Nr. 1
Elektrische Anlagen	61
Entfernung zwischen Gebäuden	31
Entwässerung von Grundstücken außerhalb des Bau- grundes	1 Nr. 2
Erker (Hervortreten über die Straßenflucht)	33
Erker (innerhalb von Vorgärten)	34
F.	
Fachwerksbauten, eiserne	49
Fachwerkswände als Umfangswände	52
Fachwerkswände, innere	54
Fachwerkswände, Konstruktion derselben im allgemeinen	51
Fahrstühle	61 Nr. 6

Inhaltsangabe	Paragrafen
Farben	71
Fenster	68
Fenster, Anbringung derselben an verkehrreichen Straßen	37
Fensteranlage in Dachwohnungen	66 Nr. 4
Fenstergewände (Hervortreten über die Straßensucht)	32 I
Feuermelder, Schutz derselben	13
Feuersichere Trennungswände auf der Grenze	57
Feuersichere Ummantelung der Haupttragkonstruktionen	49
Flechtwerk (bei Fachwerkwänden unzulässig)	51
Fluchtlinienänderung (Einfluß auf die Gebäudehöhe)	21
Flure, deren Lüftung und Erhellung bei stärkerer Bebauung	25
Freibleibende Flächen vor zurückgesetzten Gebäuden	2 I ⁵
Freitreppen (innerhalb von Vorgärten)	34
Fußböden, Konstruktion derselben	55
Fußträger	35
G.	
Gänge, bedeckte (als alleinige Zugänge)	58
Gärten, Zugänglichkeit derselben	26
Galerien	58
Gasleitungen, Herstellung derselben	59
Gasleitungen, Prüfung derselben	60
Gasleitungen, Schutz derselben	13
Gebäude, Äußeres derselben	71
Gebäude, Art und Stellung derselben an Straßen und Plätzen	14
Gebäude, deren absolute Höhe	17
Gebäudehöhe bei Aenderung der Fluchtlinie	21
Gebäudehöhe, deren Berechnung	19 u. 20
Gebäudehöhe, relative (Verhältnis zur Straßenbreite)	18
Gebäude, relative Höhe derselben (Straßenbreite)	18
Gebäudereste, unschöne	7
Gebäude, unvollendete	7
Gebäude zu gewerblichen Zwecken (Höhe derselben)	17
Gebäude zu Handelszwecken (Höhe derselben)	17
Gebühren, Einziehung derselben	83

Inhaltsangabe	Paragraphe
Gebühren für Prüfung elektrischer Anlagen	82
Gebühren in Pausen	80
Gebühren in Pausen, Berechnung derselben	81
Gereigte Grundstücke (Zugänglichkeit)	26
Geschlossene Bauweise	16
Geschosse, Zahl derselben	22
Gewerblichen Zwecken dienende Gebäude (Höhe derselben)	17
Gitter über Kellerlichtschächten	36
Glasdecken über Lichtschächten	64 Nr. 4
Gruben (für Aborte)	42
Grundluft	55
Grundmauern	50
Grundmauern, Besichtigung derselben	78 Nr. 2
Grundstücke, Zugänglichkeit derselben bei stärkerer Bebauung	25
Gruppen von Häusern (bei offener Bauweise)	16
Gurtgesimse (Hervortreten über die Straßensucht)	32 I
H.	
Häusergruppen (bei offener Bauweise)	16
Handelszwecken dienende Gebäude (Höhe derselben)	17
Harzzäune	45
Hauptgesimse, Ausladung desselben	19
Hauptgesimse (Hervortreten über die Straßensucht)	32 IV
Heden	45
Hervortreten einzelner Bauteile über die Straßensucht	32
Hintergebäude, Höhe derselben	23
Höfe (Lage und Gestaltung)	24
Höfe, ringsumbaute (Zuführung von Licht und Luft)	27
Höfe, Zugänglichkeit derselben	26
Höhe der Gebäude (absolute)	17
Höhe der Gebäude bei Aenderung der Fluchtlinie	21
Höhe der Räume in Dachwohnungen	66 Nr. 2
Höhe der zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienenden Räume	67
Höhenberechnung	19 u. 20
Höhe von Seitensflügeln und Hintergebäuden	23

Inhaltsangabe	Paragraphen
Holz, wesentlich aus solchem konstruierte Wände . . .	54
Hydrianten, Schutz derselben	13
B.	
Innenstadt (Gebäudehöhe)	17
Innere Wände	53 u. 54
A.	
Kanäle, Schutz derselben	13
Kellerlichtschachte	36
Kellermauern	50
Kellermauerwerk, Befestigung desselben	78 Nr. 3
Kellerwohnungen	65
Kirchtürme, Höhe derselben	17
Konstruktion der inneren Wände	53 u. 54
Konstruktion der Umfangswände	52
Konstruktion der Wände im allgemeinen	51
Küchen, deren Lüftung und Erhellung bei stärkerer Be- bauung	25
Küchen (Zuführung von Licht und Luft)	28
Künstliche Materialien (zum Ausmauern)	53 Nr. 3 u. 54 Nr. 2
L.	
Läden (Anbringung derselben an verkehrsreichen Straßen)	37
Lästige Anlagen	41
Lagepläne	77 D
Einseitige feuersichere Umfangswand auf der Grenze . .	57
Laternen, Schutz derselben	13
Laternenstakets	45
Lehmsteine	53 Nr. 3 u. 54 Nr. 2
Lichtöffnungen	68
Lichtschachte	30
Lichtschachte für Keller und Souterrains	36
Licht und Luft, Zuführung derselben	27, 28, 48
Licht- und Luftzuzritt (Höfe)	24

Inhaltsangabe	Paragrafen
Lüftungsvorrichtungen der Aborte	40
Luft und Licht, Zuführung derselben	27, 28, 48
Luftziegel	54 Nr. 2
M.	
Mansardendächer (Höhenberechnung)	20
Massivbau	56
Masse innere Wände	53
Mauern als Einfriedigungen	45
Mauern als Umfangswände	52
Mauern im Innern der Gebäude	53
Mauern, innere, Stärke derselben	53 Nr. 2
Menschliche Auswurfstoffe (Beseitigung mittelst Tonnen)	43
N.	
Nebengebäude einstöckige, an Straßen und Plätzen . .	15
Neigung bei Grundstücken (Zugänglichkeit)	26
Neigungswinkel einfallender Lichtstrahlen	28
Nutzbreite der Zugangswege	26
O.	
Oberlichte	64
Oeffentliche Gebäude (Höhe derselben)	17
Oeffene Bauweise	16
Oeffene Schuppen	29
P.	
Personen, Schutz derselben gegen Beschädigungen . . .	8 ff.
Pfeiler (Hervortreten über die Straßenflucht)	32 I
Pilaster (Hervortreten über die Straßenflucht)	32 I
Planken	45
Plinthenmauern	50
Plätzen der zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienenden Räume	69
Plätzen des Aeußeren der Gebäude	71

Inhaltsangabe

Paragraphen

N.

Nasenplätze, Einfriedigung derselben	45
Rauchbelästigung (Ausschließung bestimmter Anlagen)	44
Rechtswinklige Stellung der Gebäude	14
Relative Gebäudehöhe (Verhältnis zur Straßenbreite)	18
Remisen, an Straßen und Plätzen nicht zulässig	15
Rettingsarbeiten (Gestaltung der Höfe)	24
Revision der Bauausführung	78 u. 79
Rinnen zur Ableitung des Dachwassers	38
Rohbau, Besichtigung desselben	78
Rückseite der Hintergebäude (Höhe derselben)	23 Nr. 2

S.

Säulen (Hervortreten über die Straßenflucht)	32 I
Scheidemauern	53 Nr. 3
Scheunen, an Straßen und Plätzen nicht zulässig	15
Schieberhähne, Schutz derselben	13
Schlachtereien, kleinere, gehören nicht zu den lästigen Anlagen	44 Nr. 4
Schlafräume (Zuführung von Licht und Luft)	28
Schuppen, offene	29
Schutzdächer	10
Schutzdächer, auf Höfen beschränkt zulässig	24
Schutzdächer (Hervortreten über die Straßenflucht)	32 III
Schutz des Eigentums	13
Schutzrohre bei Gasleitungen	59 Nr. 3
Schutz von Personen	8 ff.
Schwellen der Fachwerkwände (Umfangswände)	52 B
Schwellmanern	50
Seitenflügel, Höhe derselben	23
Sicherheitsvorkehrungen	8 ff.
Sicherung der dem Gemeinwohl dienenden Anlagen	13
Sockel (Hervortreten über die Straßenflucht)	32 I
Sockelschicht, erste, Besichtigung derselben	78 Nr. 3
Souterrain-Richtschachte	36
Souterrainräume, Fußböden derselben	55

Inhaltsangabe	Paragrafen
Souterrains	65
Stacheldraht, Anbringung desselben an Einfriedigungen verboten	45 Nr. 5
Stadtbauamt, Bauverständiges Mitglied desselben (Zu- ständi keit)	75
Stadtbauamt, Geschäftsordnung	73 u. 74
Stadtbauamt, Zusammensetzung	72
Ständer, Stärke derselben bei Umfangswänden	52 B
Stärke der Bänder und Ständer bei Umfangswänden .	52 B
Stärkere Bebauung der Grundstücke	25
Starkwerk (bei Fachwerkswänden unzulässig)	51
Stallungen, an Straßen und Plätzen nicht zulässig .	15
Statische Berechnungen	76 Nr. 3
Steinpappe aus solcher gefertigte Zierteile	56 Nr. 3
Stellung der Gebäude an Straßen und Plätzen	14
Straßen	81
Straßen, Bauen an nicht befestigten	5
Straßenbreite, für die Gebäudehöhe maßgebend . . .	18
Straßenflucht, Hervortreten einzelner Bauteile über dieselbe	32
Straßenkosten (deren Sicherstellung für Grundstücke außerhalb des Baugrundes)	1 Nr. 2
Straßenkosten für Grundstücke innerhalb des Baugrundes	5
Straßenschilder, Schutz derselben	13
Straßenseitige Einfriedigungen	45
Stuck	56 Nr. 3
Synphons, Schutz derselben	13
Z.	
Tafelung der Decken	55
Telegraphenanlagen, Schutz derselben	13
Telephonanlagen, Schutz derselben	13
Terrasse (innerhalb von Vorgärten)	34
Lonnen zur Beseitigung menschlicher Auswurfstoffe .	43
Tore Anbringung derselben an verkehrsreichen Straßen	37
Torf (unzulässig zur Ausfüllung der Wandfack) . . .	51
Trennungswände, feuersichere (auf der Grenze) . . .	57

Inhaltsangabe	Paragraphen
Treppen	63
Treppen, deren Erhellung und Lüftung bei stärkerer Bebauung	25
Trockenheit der zum dauernden Aufenthalte von Menschen dienenden Räume	69, 70
Türen, Anbringung derselben an verkehrreichen Straßen	37
Türme, Höhe derselben	17
Turmartige Aufbauten	17
II.	
Umfang der Bebauung eines Grundstücks	25
Umfangswände	52
Umfangswand, laugseitige auf der Grenze	57
Umflutungen (Höhe der Gebäude innerhalb derselben)	17
Ummantelung von eisernen Bauteilen	49
Unbebaute Teile eines Grundstücks (Zugänglichkeit)	26
Undurchbrochene Einfriedigungen	45
Unfallmelder, Schutz derselben	13
Unschöne Gebäudereste	7
Untergrund	48
Unterkunftsräume für Bauarbeiter	12
Unvollendete Gebäude	7
III.	
Vegetationsschicht des Bodens	48
Veranden	58
Verdachungen (Hervortreten über die Straßenflucht)	32 I
Verputzen des Außern der Gebäude	71
Vorgärten	3
Vorgärten, Einfriedigung derselben	45
Vorgärten (Gebäudeteile innerhalb derselben)	34
Vortretende Bauteile auf Höfen (beschränkt zulässig)	24
IV.	
Wände, äußere	52
Wände aus Brettern	54 Nr. 3
Wände, innere	53 u. 54

Inhaltsangabe	Paragrafen
Wände, Konstruktion derselben im allgemeinen . . .	51
Wallpromenaden, Einfriedigung der Grundstücke an den- selben	45
Waschküchen, an Straßen und Plätzen nicht zulässig . .	15
Wasserklosetts (Lüftung derselben)	40
Wasserklosetts (zwangsweise Einführung)	42 III
Wasserleitungen, Schutz derselben	13
Wasserpfeifen, Schutz derselben	13
Wassertürme, Höhe derselben	17
Wirtschäften, Aborte in denselben	40
Wohnhäuser, einstöckige	15
Wohnräume, Höhe derselben	67
Wohnräume (Zuführung von Licht und Luft)	28
Wohnungen in Kellergeschossen	65
3.	
Zahl der Geschosse	22
Zierteile an massiven Gebäuden	56 Nr. 3
Zufahrten	4
Zuführung von Licht und Luft	27, 28 u. 48
Zugänglichkeit der Gebäude und einzelnen Grundst. -teile	26
Zugänglichkeit der Grundstücke bei stärkerer Bebauung .	25
Zugänglichkeit von Grundstücken außerhalb des Bau- grundes	6
Zugänglichkeit von Grundstücken innerhalb des Bau- grundes	4
Zugangswege	26
Zulässige Bebauung	25
Zurücktreten der Gebäude hinter die Baulinie	2
Zutritt zur Baustelle	79
Zwischengrenzen der Grundstücke, Einfriedigungen auf denselben	45 Nr. 4
Zwischenräume bei offener Bauweise (Einschränkung derselben)	31
Zwischenräume, deren Abschließung	16

Sammlung

der

Statuten der Stadt Braunschweig.

Nr. 58.

Statut zur Abänderung des § 46 des Ortsbaustatuts für die Stadt Braunschweig vom 8. Dezember 1905.

(Bekanntgemacht am 31. Mai 1917.)

Auf Grund des Gesetzes betr. Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 13. März 1899 und auf Grund des Gesetzes betr. Städteordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 18. Juni 1892 wird mit Zustimmung der Stadtverordneten folgende Bestimmung erlassen:

Der § 46 des Ortsbaustatuts für die Stadt Braunschweig vom 8. Dezember 1905 wird vom 1. Juni 1917 ab aufgehoben.

Vorstehende Statutenänderung wird, nachdem das Herzogliche Staatsministerium sie durch Verfügung vom 22. Mai 1917 C 1814² genehmigt hat, damit veröffentlicht.

Braunschweig, den 24. Mai 1917.

Der Stadtmagistrat.

Retemeyer.

Heymann. Meyer. • H. von Frankenberg.

Friedr. Seele. Wagner. Schöttler.

Gebensleben. Mohr.

S a m m l u n g
der
Statuten der Stadt Braunschweig

Nr. 61.

Statut zur Ergänzung des Ortsbaustatuts (Nr. 23 vom 8. Dezember 1905) vom 4. April 1918.

(Bekanntgemacht am 9. April 1918.)

Auf Grund des § 33 des Gesetzes, betr. Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 13. März 1899, und des § 2 des Gesetzes, betr. Städteordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 18. Juni 1892, werden mit Genehmigung der Stadtverordneten die nachstehenden Vorschriften erlassen :

Art. I.

In das Ortsbaustatut für die Stadt Braunschweig Nr. 23 vom 8. Dezember 1905 werden hinter § 31 folgende Vorschriften eingefügt:

Zu § 33 der Bauordnung.

§ 31 a.

Sondervorschriften.

1. Die städtischen Behörden können mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums beschließen, dass in bestimmten Teilen des Stadtgebietes

- a) nur solche Gebäude errichtet werden dürfen, deren Höhe das Maß von 11 m nicht übersteigt, und zwar auch dann nicht, wenn das Gebäude lediglich zu öffentlichen, gewerblichen oder Handelszwecken dient oder, wenn die Voraussetzungen des § 28 der Bauordnung zutreffen, (wegen der Berechnung der Höhe vergl. § 25 e und f der Bauordnung und die Vorschriften in den vorstehenden §§ 19 und 20);
- b) in den einzelnen Gebäuden außer dem Kellergeschosse nur das Erdgeschoß, ein Obergeschoß und ein ausgebautes Dachgeschoß hergerichtet werden und Giebelaufbauten im Dachgeschosse an den Längsseiten der Häuser nur je die halbe Gebäudelänge einnehmen dürfen;
- c) die einzelnen Grundstücke nur bis zu $\frac{1}{2}$, jedoch Eckgrundstücke bis zu $\frac{3}{5}$ ihrer Gesamtgröße bebaut werden dürfen, wobei die Vorschriften im § 29 b der Bauordnung in Verbindung mit § 25 des Ortsbaustatuts anwendbar bleiben;

d)

d) die einzelnen Grundstücke in einer größeren Tiefe als 15 m - von der Strassenflucht gerechnet - nicht bebaut werden dürfen.

Dabei können jedoch, sofern solches nach § 18 zulässig erscheint, auf Grundstücken an Strassen, deren Breite das Maß von 13 m übersteigt, abweichend von den Vorschriften unter a und b 14,5 m hohe Gebäude errichtet und - unter Wegfall des ausgebauten Dachgeschosses mit einem zweiten Obergeschosse versehen werden.

2. Die Teile des Stadtgebietes, in denen die Vorschriften unter 1 zur Anwendung kommen sollen, sind auf Lageplänen darzustellen die vor Einholung der ministeriellen Genehmigung zwei Wochen lang nach zuvoriger öffentlicher Bekanntmachung im Rathause öffentlich ausgelegt werden.

3. Die Vorschriften unter 1 treten mit dem Tage in Kraft, an dem der Beschluß der städtischen Behörden unter Bezugnahme auf die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums durch die Braunschweigischen Anzeigen bekanntgemacht wird.

4. Die vorstehenden Vorschriften kommen zur sinngemäßen Anwendung, wenn die unter 1 erwähnten Baubeschränkungen für einen ihnen unterliegenden Teil des Stadtgebiets wieder aufgehoben werden sollen.

Art. II.

Die folgenden Paragraphen des Ortsbaustatuts:

§§ 17 und 18 (Höhe der Gebäude),
§ 22 (Zahl der Geschosse),
§ 25 (zulässige Bebauung),

erhalten am Schlusse folgenden Zusatz:

„Wegen der Sondervorschriften vergl. § 31 a“.

Das vorstehende Statut wird, nachdem es durch Verfügung des Herzoglichen Staatsministeriums Nr. C I 21¹ vom 9. März 1918 genehmigt worden, damit bekanntgemacht.

Braunschweig, den 4. April 1918.

Der Stadtmagistrat.

Retemeyer.

Heymann. Meyer. H. von Frankenberg.

Friedr. Seele. Wagner. Schöttler.

Gebensleben. Mohr.